

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Abonnementspreis mit Post. „Wolk u. Zeit“ frei Haus für die Zeit vom 18. bis 24. Mai 45 Goldpfennige. Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige.

Redaktion: Johannisstr. 46.

Fernruf { 905 nur Redaktion.
 { 926 nur Geschäftsstelle.

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 118

Mittwoch, 21. Mai 1924

31. Jahrgang

Wiederaufbau!

S. Lübeck, 21. Mai.

Europa blutet aus 1000 Wunden! Vier Jahre lang haben die Völker ihre ganze Kraft darauf verwandt, die Menschenkraft Europas hinzumorden und die Quellen der Wirtschaft zu zerstören.

Unter den von Jahr zu Jahr entsetzlicheren Leiden des Krieges hatten alle nur eine Hoffnung, daß die Menschen endlich erwachen würden, daß dieser Krieg der letzte sein und alle Kraft der Zukunft auf die Heilung der durch ihn geschlagenen Wunden gerichtet sein werde.

Sie hat sich nicht erfüllt. Nach wie vor hatten die alten Gewalten des Unrechts die Macht, jedes Volk spreizte sich mit dem Zur-Schau-Tragen der eigenen Leiden; machtlos war die Gruppe derer, die guten Willens waren, durch gegenseitige Hilfe der Völker die Wunden zu schließen, ein neues, brüderliches Europa aufzubauen.

Doch war sie auch machtlos, so war sie nicht untätig. Niemals seit dem Versailler Frieden, dem Instrument der Gewaltigen von Schlot und Kanone, das durch seine handgreiflichen Ungerechtigkeiten die gesunde Idee des Wiederaufbaues zur Ausbeutung Deutschlands verzerrte, haben die arbeitenden Menschen in Deutschland und Frankreich aufgehört, nach besseren, menschenwürdigen Wegen zu suchen.

Wie wenige wissen überhaupt, daß auch gegenwärtig deutsche Studenten und Arbeiter in Nordfrankreich am Wiederaufbau arbeiten! Idealisten der Völkerveröhnung, die sich im vergangenen Sommer in Freiburg im Breisgau unter der geistigen Führung des christlich-pazifistischen französischen Abgeordneten Marc Sanguier zusammengefunden hatten. Ehre diesen Menschen, die es sich zum Ziel gesetzt haben, durch persönlichen Einsatz ihrer schwachen Kraft Brücken zu bauen über den Blut- und Schlammstrom des Völkerhasses.

Ihr Unternehmen ist leuchtend als Vorbild; wirklich helfen wird es nur, wenn es nicht persönliche Opferung einzelner bleibt, wenn es zur organisierten, nach höchst-wirtschaftlichen Grundsätzen geleiteten, Massenaktion wird. — Wir erinnern da an das Abkommen, das im Herbst 1922 das Aktionskomitee der zerstörten Gebiete Frankreichs gemeinschaftlich mit der französischen Gewerkschaftszentrale mit dem Verband sozialer Baubetriebe in Berlin abgeschlossen hatte; danach sollten deutsche Arbeiter mit deutschem Material in Nordfrankreich praktische Wiederaufbauarbeit leisten, als freie helfende Kräfte, nicht als „Reparationsflaven“, wie der elende Ausdruck anderer Schreie lautet. Die Quertreibereien der nach Reparationsprofilen künftigen französischen Scherindustrie und der kriegsbegeisterten Generale, die in Poincaré ihren getreuen Diener hatten, verhinderten damals das Werk.

Heute weht ein anderer Wind von jenseits der Vogesen, und ehe noch die neue Regierung gebildet ist, hat sich das Aktionskomitee der zerstörten Gebiete an die führenden Parteien gewandt, mit der Bitte, sofort die Initiative zur Ausführung dieses Planes zu ergreifen. Bei der Gesinnung dieser Gruppen, die „das andere Frankreich“ repräsentieren, ist nicht zu zweifeln, daß sie diese Anregung, die dem Geiste des Gutachtens ganz entspricht, gern aufgreifen werden. Viel zu wenig versteht man in Deutschland heute noch diese Gesinnung, obwohl unsere Zukunft und auch die Zukunft Europas auf lange Zeit hinaus davon abhängen wird, ob wir es verstehen werden, mit diesem Frankreich, dem Frankreich des arbeitenden Volkes zu einer ehrlichen Verständigung zu kommen.

Die Lage an der Ruhr.

Appell an die Reichsregierung.

Bochum, 20. Mai.

Das offizielle Organ des Deutschen Bergarbeiterverbandes, die „Bergarbeiter-Zeitung“, fordert angesichts der sich ständlich mehr zuspitzenden Lage ein schnelles und wirksames Eingreifen der Regierung in den Konflikt im Ruhrbergbau. Sie schreibt: „Jetzt ist das Maß voll. Die Zecheherren spielen mit einem gefährlichen Feuer. Wenn die Regierung nicht bald und energig eingreift, um die berechtigten Wünsche der Bergarbeiter zu sichern, macht auch sie sich mitverantwortlich an den Schäden, die dem ganzen deutschen Volk aus diesem Kampf erwachsen können. Mögen die Herrschenden die Zeichen der Zeit erkennen. Die Bergarbeiter wissen genau, daß dieser Kampf, der wirtschaftliche Ursachen hat und auf gewerkschaftlicher Grundlage ruht, nur siegreich beendet werden kann, wenn Besonnenheit und organisatorische Disziplin bis zur letzten Stunde herrschen. Doch wirken in so entscheidenden Stunden auch andere Kräfte mit. Wird der Bogen von dem schwerindustriellen Schatzmachertum überspannt, so kann die Auseinandersetzung Formen annehmen, deren Auswirkung nur der zu schätzen vermag, welcher weiß, wie tief die Ruhrbergarbeiter durch die Leidenszeit der letzten Jahre in den Abgrund der Verzweiflung getrieben worden sind.“

Wie wenig selbst sonst kenntnisreiche Politiker von diesen Grundlagen der Völkerpsychologie wissen, dafür nur ein krasses Beispiel. In einem großen Aufsatz einer führenden Hamburger Zeitung macht der volksparteiliche Freiher v. Rheinbaben den Vorschlag, den Inhalt des Gutachtens zwar anzunehmen, aber besonders zu betonen, daß die deutsche Regierung mit der Anerkennung der Reparationsleistungen nur „einem auf sie ausgeübten Zwange weiche, eine moralische Verpflichtung dazu aber nicht anerkennen“ könne. — Wenn man sich zum Ziel setzen will, die Feindschaft zwischen Deutschland und Frankreich ins Maßlose zu steigern und in alle Ewigkeit zu erhalten, dann, aber auch nur dann ist diese Form die richtige. Kein Franzose, mag er rechts oder links stehen, zweifelt an der Gerechtigkeit der Forderung, daß Deutschland zu dem Wiederaufbau Frankreichs durch wirtschaftliche Leistungen beitragen muß.

Was sind die Gründe für diese Ansicht. Einmal der Glaube an die Schuld Deutschlands am Kriege. Ist diese Ansicht, wenn sie die Allerschuld Deutschlands meint, auch irrig, so hat doch gerade Frankreich gegenüber Deutschland hier ein schweres Schuldkonto. Womit wurde die Kriegserklärung Deutschlands an Frankreich begründet? — Mit 2 Lügen. Erstens der Behauptung von der Grenzüberschreitung französischer Truppen nach dem Eschaj, zweitens mit dem Abwurf französischer Bomben aus einem Flugzeug auf die Eisenbahn bei Würzburg. Beide Tatsachen beruhten auf erlogenen Generalmeldungen. Schon nach 8 Tagen stand fest, daß niemals eine Bombe in Bayern abgeworfen war, und daß die französischen Truppen zur Vorsicht 10 Kilometer hinter die Grenze zurückgezogen waren. — So etwas vergißt man drüber nicht so leicht.

Aber das ist nicht das Entscheidende. Das Sachverständigen-gutachten stellt sich auf eine ganz andere Grundlage. Es sagt: Da Deutschland im Kriege weniger gelitten hat, als die meisten anderen Länder (Frankreich, Belgien, Rumänien, Serbien), ist es billig, daß Deutschland mindestens in demselben Maße an den Kosten der Wiederherstellung teilnimmt wie diese unter schwerer Finanznot leidenden Staaten.

Das ist ein Grundsatz, dem wir nicht nur zustimmen können, den wir unbedingt selbst vertreten müssen, wenn uns an dem Aufbau einer friedlichen Völkergemeinschaft etwas gelegen ist. Nur wenn wir die gerechten Forderungen der ehemaligen Feinde anerkennen, können wir ihre ungerechten und maßlosen Forderungen bekämpfen.

Nur wenn wir unsern ehrlichen Willen am Wiederaufbau Europas mit Arbeit und wirtschaftlicher Leistung mitzuarbeiten, durch die Tat bekunden, werden wir wieder zu der uns zukommenden Stellung in der Völkergemeinschaft gelangen.

Nur dann auch wird es einem demokratisch regierten Frankreich möglich sein, mit den Gewaltmethoden Poincarés zu brechen, die Ruhr freizugeben und die deutschen Ruhrgebietsanliegen der Heimat zurückzugeben.

Nicht Erfüllungspolitik, weil es nun einmal nicht anders geht, ehrliche Mitarbeit am Wiederaufbau Europas, das ist der einzige Weg, der aufwärts führt; der einzige Weg, der uns wieder dahin bringen kann, daß wir als Deutsche unsern Kopf in der Welt frei erheben können, befreit von dem unerträglichem Druck und den Demütigungen der letzten Jahre. Jeder andere Weg führt in den Abgrund, in dem Deutschlands Wirtschaft ebenso zerschellen wird wie der Bau seines Staatswesens.

Die Kommunisten lassen die Gruben verjaunen.

Essen, 20. Mai.

Die Kommunisten haben ihren Beschluß, die Rotstandsarbeiten mit allen Mitteln zu unterstützen, schon teilweise in die Tat umsetzen können. Auf zahlreichen Zechen des Selskirkener und Bochumer Bezirks wurden am Dienstag morgen die Beamten und Angestellten am Betreten der Zecheanlagen verhindert. Ähnliche Mitteilungen liegen auch von einer Reihe Gruben des Essener Reviers vor.

Eingreifen der Wohlfahrtsämter.

Essen, 20. Mai.

Das Wohlfahrtsamt in Essen hat von Dienstag an für die darbenenden Frauen und Kinder der Bergleute, denen in vielen Fällen jede Nahrung fehlt, Anweisungen auf Lebensmittel ausgegeben. Der Geldwert dieser Unterstützung, die sich etwa in halber Höhe der Erwerbslosenunterstützung halten, ist von den Vergleichen später zurück zu erlassen. Eine große Anzahl Ruhrstädte wird diesem Beispiel folgen. — Der Zecheverband und die schwerindustrielle Presse agitiert gegen diese Art „einseitiger Parteinarbeit für die streikenden Bergarbeiter“.

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Goldpfennige, auswärtige 25 Goldpf., Verfallungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige. Reklamen 80 Goldpfennige.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle.
 { 905 nur Redaktion.

Das Sachverständigen-Gutachten.

(Aus dem Vortrag des Genossen Dr. Leber in der Mitgliederversammlung am Dienstag, dem 20. Mai.)

I.

Unsere Generale gingen in den Krieg mit der Ueberzeugung, ihren Willen und ihre Kraft einzig und unumschränkt gebieten lassen zu können nach rein militärischen Gesichtspunkten. Nach wenigen Monaten schon mußten sie zu ihrem Leidwesen die Beobachtung machen, daß die Wirtschaftskräfte eine überragende, ja bald die ausschlaggebende Bedeutung bekamen.

Nach dem Kriege machten die Politiker und Diplomaten den Denkfehler der Generale noch einmal durch. Sie glaubten mit Diktaten und Verträgen, mit Anordnungen und Forderungen der Welt das neue Gesicht aufzudrücken zu können. Und stehen heute, ebenso wie vor bald zehn Jahren die Generale, vor der schmerzlichen Erkenntnis, daß die Wirtschaft auch vor den politischen Willensrichtungen das Uebergewicht behält, daß die internationale Wirtschaftsverknüpfung ihren eigenen zwangsläufigen Gesetzen folgt.

Die irrige Ansicht der Politiker, der Name Poincaré bezeichnet den Lappus, war der Grund für die Reparationswirren der letzten Jahre, für das dornige Gestrüpp der deutsch-französisch-englischen Mißverständnisse und Zwistigkeiten. Schon 1922 hatte sich auch in Ententezirkeln die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß der unlosbare politische Zwist endlich durch vernünftige wirtschaftliche Ueberlegung beigelegt werden müsse. Aus dieser Erkenntnis erwuchs die bekannte interalliierte Konferenz im Dezember 1922. Auf dieser Konferenz stellte eine Kommission von Geldleuten gewisse Grundforderungen an die französische Politik. Poincaré lehnte alles ab. Worauf die Konferenz auflöste.

Im Anschluß an diesen Mißerfolg hielt der amerikanische Staatssekretär Hughes seine bekannte Rede, worin er die Lösung der Reparationsfrage und der europäischen Zerrüttung durch ein Komitee unparteilicher Sachverständiger forderte.

Diese Forderung des amerikanischen Staatsmannes fand Widerhall in England und bei den übrigen Verbündeten. Nur Frankreich machte Einwendungen und Vorbehalte.

Der wichtigste und einschneidendste Vorbehalt Poincarés war: die Sachverständigenkommission dürfe unter keinen Umständen eine feststehende Endsumme festsetzen. Da Frankreich an einem inwiefern möglichen Ausbleiben Deutschlands beteiligt sein wollte und beteiligt sein mußte.

Um nur weiterzukommen, stimmten die übrigen Mächte diesem Vorbehalt zu. Man kam überein, zwei Sachverständigen-Ausschüsse einzurichten.

Der Hauptausschuß, unter dem Vorsitz des Amerikaners Dawes sollte den gesamten Komplex der Reparationsfragen zu lösen suchen. Der zweite Ausschuß, unter dem Vorsitz des Engländer McKenna, hatte Stellung zu nehmen zu einer Reihe von Nebenfragen, hauptsächlich finanzieller Art.

Der 2. Ausschuß (McKenna) hat verhältnismäßig weniger wichtige Arbeit geleistet. Seine Untersuchungen beziehen sich auf Einzelheiten, die im wesentlichen nur die Fachleute interessieren. Inmehrin sind einige Ergebnisse auch für die Allgemeinheit interessant. So z. B. kam dieser Ausschuß zu dem Ergebnis, daß Deutschland an der mißglückten Marktspekulation des Weltmarktes rund 6-7 Goldmilliarden verdient habe. Allerdings sei in derselben Zeit eine ungefähr entsprechende Summe von deutschen Geldleuten ins Ausland verschoben worden.

Die Hauptarbeit leistete, wie gelagt, die Kommission Dawes. Diese Arbeit wurde vor einigen Wochen der Öffentlichkeit auszugsweise mitgeteilt. Und liegt nunmehr im vollständigen Wortlaut vor.

Die Kommission macht als Einleitung die Feststellung, daß sie nur die wirtschafts-technischen Gesichtspunkte ihrer Aufgabe zu berücksichtigen hatte, nicht aber auch die politischen. Die Kommissionsmitglieder seien an ihre Aufgabe wie Geschäftsleute herangegangen, denen es vor allem auf ein positives Ergebnis ankam.

Dabei hätten sie, jetzt einzig

Voraussetzung:

für jede Gesundung der deutschen Wirtschaft und damit auch für jede weitere Lösung der Reparationsfragen aufgedrängt. Deutschland brauche vor allem die Sicherheit, ökonomisch und politisch nicht fortwährend gestört zu werden. Es muß Ruhe haben und unbedingtes Vertrauen für eine Reihe von Jahren. Damit es an die Arbeit gehen kann. Nutzlose Danandearbeit aber müsse jede Anstrengung Deutschlands bleiben, solange nicht seine wirtschaftliche Hoheit und Einheit wiederhergestellt sei. „Aus diesem Grunde sehen wir uns gezwungen, davon auszugehen, daß die steuerliche und wirtschaftliche Einheit des Reiches wiederhergestellt wird, und auf dieser Voraussetzung beruht unser ganzer Bericht.“

Weitere Voraussetzungen: Deutschland dürfe, zu keinem Zeitpunkt mehr Verpflichtungen auferlegt bekommen, als seine Wirtschaft und seine Geldlage ertragen können. Unter keinen Umständen dürfe die deutsche Währung zum zweiten Male erschüttert werden; die Erhaltung und Stabilisierung der deutschen Währung müsse stets erste Vorbedingung jeder Reparationsleistung sein.

Würde diese Voraussetzung erfüllt, so werde Deutschland nach Ansicht des Gutachtens sehr rasch wieder zu Kräften kommen. Die Geschicklichkeit und der Fleiß seiner Bevölkerung und der Hoch

Nach seiner Wissenschaft sichern ihm eine belobende Stellung in der Weltwirtschaft. Außerdem habe Deutschland in den Jahren der Inflation seine Verkehrsmittel und die technischen Hilfsmittel aller Art außerordentlich verbessert.

Es bestehe also kein Zweifel, daß Deutschland in absehbarer Zeit erhebliche Reparationsleistungen ausbringen könne. Allerdings brauche das Reich für die ersten Jahre eine **Atempause**.

Wie kann Deutschland diese Atempause gewährt werden, ohne daß Frankreich für die ersten Jahre auf alle Zahlungen verzichten muß? Und ferner, welche Reparationssummen kann die beruhigte und wiedererflorte deutsche Wirtschaft aufbringen?

In diese beiden Fragen knüpft sich schließlich der Kern der Aufgaben der Dawes-Kommission. Und diese beiden Fragen führt die Gutachten einer Lösung entgegen, der man nicht den ersten Willen absprechen kann, beiden Seiten gerecht zu werden, der man auch nicht das ehrliebe Bestreben absprechen kann, Deutschlands wirtschaftliche Lebensmöglichkeit nicht zu erdrosseln.

Zunächst soll zur Festigung und Befundung der deutschen Währung eine Goldnotenbank errichtet werden: die **„Neue Bank“**. Mit einem Kapital von 100 Millionen Goldmark. 100 Millionen davon übernimmt die alte Reichsbank, die anderen 70 Millionen werden durch die deutschen und den internationalen Geldmarkt aufgebracht. Diese Neue Bank gibt Goldnoten heraus, die nach den bekannten Grundsätzen der Reichsbank gedeckt und nach Möglichkeit in Gold einlösbar sein sollen. Dieses neue Geld soll die einheitliche deutsche Währung werden. Papiergeld, Rentengeld usw. werden völlig aus dem Verkehr zurückgezogen.

Die Leitung der Neuen Bank soll ein deutscher Präsident und ein deutscher Verwaltungsausschuss übernehmen. Sie unterstehen der Kontrolle des „Generalrates“, der zur Hälfte aus Deutschen zur anderen Hälfte aus Ausländern bestehen soll.

Diese Neue Bank soll erhebliche Mittel für ihre Finanzgeschäfte — Wechselkredite, Kredite für das Reich usw. — aus Mitteln der Reparationsregelung erhalten. Aus der weiteren Darstellung wird sich dieser wichtige Punkt der im Gutachten vorgezeichneten Regelung ergeben.

Nach die Frage nach den Reparationsleistungen

Die Frage nach der möglichen Höhe usw. Diese Frage löst das Gutachten in der Weise, daß es zunächst nach den Quellen Ausschau hält. Nach der Quellen, aus denen die möglichen Ueberflüsse der deutschen Wirtschaft überhaupt fließen können.

Diese Quellen sind nach Ansicht des Gutachtens internationale Anleihen, die möglichen Ueberflüsse des deutschen Haushalts nach der Atempause, die Befastigung der deutschen Eisenbahnen, die Heranziehung der Industriewerke und zuletzt eine Verkehrssteuer.

(Schluß folgt.)

Um die Regierungsbildung.

Verhandlungen der bürgerlichen Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten.

Am Dienstagabend, 6 Uhr, verhandelten die Führer der Mittelparteien des Reichstages beim Reichskanzler, um das gemeinsame außenpolitische Programm aufzustellen. Auch ein Vertreter der bayerischen Volkspartei nahm an diesen Beratungen teil. Nachdem die Deutschnationalen inzwischen auch den Demokraten eine Einladung zu einer gemeinsamen Aussprache über die Regierungsbildung hatten zukommen lassen, beschloß man, am Mittwoch vormittag der deutschnationalen Einrichtung Folge zu leisten. Wie eine offizielle Auslassung der Mittelparteien erklärt, werden sich die Verhandlungen unter den fünf bürgerlichen Parteien auf der Grundlage von Richtlinien für die Außenpolitik vollziehen, die von der deutschen Volkspartei ausgegangen sind. Größtenteils ist bei der Aufstellung dieser Richtlinien, die in den letzten Tagen in der Öffentlichkeit als außenpolitisches Programm der Mittelparteien bezeichnet worden sind, von jeder ultimativen Form, die eine bestimmte Bindung für die Deutschnationalen enthalten hätte, abgesehen worden. Diese Richtlinien sollten lediglich als Grundlage für die Verhandlungen dienen.

Die Deutschnationalen haben als Verhandlungsführer den Grafen Westarp und die Abgeordneten Hergt und Tirpitz vorgezogen. — Das Zentrum trat am Dienstagabend, nach den Besprechungen der Mittelparteien, erneut zu einer Fraktionsitzung zusammen.

Wie der neue Reichstag aussehen wird.

Die widerwärtigen Vorkämpfer.

Unter Vorsitz des bisherigen Reichstagspräsidenten, Genossen Loeb, wurden am Dienstag abends in einer Sitzung sämtlicher Parteiführer die Siege im Plenarungsantritt des Reichstages unter die einzelnen Parteien verteilt. Eine gütliche Regelung war in langer und erregter Verhandlung nicht zu erzielen. Die Verteilung mußte schließlich durch Mehrheitsbeschlüsse vorgenommen werden, wobei sich mehrfach eine äußerst knappe Mehrheit ergab. Die Vorkämpfer erhoben zunächst Anspruch auf die äußerste Rechte, die ihnen von den Deutschnationalen energig besprochen wurde. Schließlich entschieden die Parteiführer in einer Abstimmung, wobei jede Partei eine Stimme hatte, mit 5 gegen 4 Stimmen, daß die Deutschnationalen ihre bisherigen Plätze auf der äußersten Rechten behalten. Nunmehr prozedierte die Deutsche Volkspartei dagegen, daß die Vorkämpfer zwischen Volkspartei und Deutschnationalen eingeschoben werden. Aber dieser Protest wurde mit 5 gegen 4 Stimmen abgewiesen, und zwar in der Hauptsache deshalb, weil sonst voraussichtlich alle Gruppen sich die Rangbarität der Vorkämpfer ver teilen hätten. Die endgültige Platzverteilung wird nach der nunmehr getroffenen Entscheidung von rechts nach links folgendermaßen sein: 1. Die Deutschnationalen, 2. die Nationalsozialistische Reichspartei (Völkische), 3. Deutsche Volkspartei, 4. Bayerische Volkspartei, (hinter dieser sitzen die vier Deutschnationalen mit Knüppelklinge an der Spitze). Nach links schließt sich weiter an: 5. der Wirtschaftsbund, eine Fraktion, die sich unter der Führung von Prof. Bredt aus drei bayerischen Bauernbündlern, fünf Welfen und sieben Mittelständlern gebildet hat, 6. Zentrum, 7. Demokraten, 8. Sozialdemokraten, 9. Kommunisten. Die Plätze werden durchweg so angeordnet, daß möglichst jede Fraktion einige Siege im Vordergrund erhält.

„Aufbauende“ Kommunalpolitik

Standalöse Vorgänge in Hannover.

Hannover, 19. Mai.

Bei der Einführung der am 4. Mai für die Stadt Hannover neugewählten 74 Bürgerwörtercher kam es am Montag im hannoverschen Rathaus zu Tumulten und Standalösen. Hauptverursacher dieser Standalöse waren der Führer der Fraktion des rechtsgerichteten Bürgerertums, der ehemals kaiserliche Stadtdirektor Tramm und der kommunistische Reichstagsabgeordnete Ivan Käß. Als der Magistrat den Saal betrat, riefen Käß und Tramm übereinstimmend, ehe formell die Sitzung eröffnet wurde: „Zur Geschäftsordnung“ und wiederholten diesen Ruf unangebracht, als Oberbürgermeister Reinert Platz genommen hatte und sich anschickte, die Sitzung zu eröffnen. „Ordnungslos“, Welfen und Kommunisten hatten sich verständig, die Einführung durch den Oberbürgermeister Reinert zu verhindern und durch Kräfte eine Geschäftsordnungsdebatte zu erzwingen, damit der deutsche Volksparteiler Bürgermeister Hint die Einführung vornehmen sollte. Oberbürgermeister Reinert erklärte, er habe als Vorsitzender zunächst die Einführung und Verpflichtung der Bürgerwörtercher vorzunehmen und könne niemandem vor der Beendigung dieser Handlung das Wort erteilen, auch nicht zur Geschäftsordnung, denn erst müßten die Vertreter im Amt sein, die ihnen das Recht auf Ausübung ihres Amtes zustehen. Es folgte sofort lebhafter Widerspruch ein, der durch die Kommunisten noch verstärkt wurde, jedoch der Oberbürgermeister zunächst überhaupt nicht zu hören war. Ungeklärte Szenen spielten sich ab. Die neun Kommunisten unterführten den Rechtsblock mit allen Mitteln entsprechend der zwischen den extremen Flügelparteien getroffenen mündlichen Vereinbarung, die von sozialdemokratischer Seite einwandfrei festgestellt wurde. Nur der arbeitslose Oberbürgermeister, der, unbeirrt durch die Drohung der Obstruktion mit Täglichkeiten, zur Durchführung der Amtshandlung schritt, ist es zu verdanken, daß eine Schlägerei verhindert wurde. Späterhin ließ sich der Lärm etwas dämpfen. Die Bürgerwörtercher wurden einzeln entsprechend den Vorschriften durch Handschlag verpflichtet. Ein Rechtsblockbeweis zog bei der Amtshandlung einen Handstreich an. Die Kommunisten machten ihm das nach. Die Sitzung endete mit einem abermaligen Obstruktionsrad der Fraktionen Tramm (Bürger-Ordnungsblock) und Käß (Komm.).

Die Lübeder Aufbauleute und ihr Anhang werden Maß werden vor Reid auf die Erfolge ihrer politischen Freunde in Hannover. Das ist doch mal eine neue Melodie. Das monotone Geschimpfe auf die angebliche destruktive Arbeit unserer Bürgerfraktion löst ja doch keinen Hund mehr vom Dien. Vielleicht versuchen sie's hier mal mit denselben Methoden. Der notwendigen Unterstützung der Radaubröder von ganz links können sie gewiß sein.

Warnung vor nationalitischer Spielerei.

Es steht alles auf dem Spiel.

SPD. Frankfurt a. M., 18. Mai. (Eig. Drahtber.)

Die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht im ersten Morgenblatt vom Sonntag, Nr. 370, zwei politische Briefe. Der eine vom Reichstagspräsidenten Loeb, der andere vom Zentrumsvizepräsidenten Joos. Präsident Loeb stellt zunächst fest, daß die Reichsregierung mit ihrer Kampfstellung gegen die anmaßenden Forderungen der Deutschnationalen die völlige Billigung der Sozialdemokratie finde. Wenn das Kabinett zurücktreten sollte, dann müsse es in offener Feldschlacht fallen. Die künftige Gruppierung der Parteien im Reichstag müsse sich nach der Stellung zum Sachverständigengutachten orientieren. Loeb stimmt der „Frankfurter Zeitung“ darin völlig zu, daß die deutschnationale Fraktion gezwungen werden müsse, Farbe zu bekennen. Eine etwaige Weigerung, dem Gutachten zuzustimmen, müßte so juristische Folgen für unser Land haben, daß sie nicht ohne einen nachmaligen Appell an das deutsche Volk auf uns genommen werden könne, sei es durch eine Auflösung des Reichstages und durch eine nachmalige Entscheidung des Volkes unter der alleinigen Parole: für oder gegen die internationale Vereinbarung oder durch einen Volksentscheid. Präsident Loeb begrüßt es deshalb, daß die Regierung im Reichstag selber eine Entscheidung über die brennende Frage herbeiführen will. Bleibt sie auf diesem Standpunkt stehen, so wird sie sich auch eine Mehrheit sichern, entweder im Reichstag oder im Volke selbst.

Der Zentrumsvizepräsident Joos warnt in seinem Briefe davor, die gegenwärtige politisch-parlamentarische Lage zu leichtfertigen Spielereien zu mißbrauchen. Wir stehen vor einer Wende in der Politik der Alliierten. Die Gutachten und die Vorschläge der Sachverständigen seien ihr Ausdruck. Sie müßten die Grundlage zu gewissenhaften Verhandlungen sein. Das Schicksal der Nation und letzte Hoffnungen seien darin eingeschlossen, darüber gebe es im besetzten Gebiet nur eine Meinung. Darum wisse man der Reichsregierung Dank für ihre klug abwägende ruhige Haltung. Es wäre unverständlich, wenn sie auch nur für Tage die Weiterführung zur Lösung unterbrechen würde. Das Wahlergebnis belage nichts gegen ihre Außenpolitik. Wenn das deutsche Volk vor die Frage gestellt würde, ob es außenpolitisch der heutigen Reichsregierung folgen wolle oder nicht, so würde es sich in erdrückender Mehrheit hinter die Regierung stellen. Sie müßte die Probe zunächst im Parlament machen. Das andere wäre Jährenflucht. Geradezu verhängnisvoll wäre es, wollte man dem Gedanken nachgeben, eine „bürgerliche Regierung“ zu bilden. Eine „bürgerliche Sammlungspolitik“ wäre im Lichte einer großzügigen Innenpolitik völlig wertlos, außenpolitisch aber nach den vorliegenden Möglichkeiten und Bedingungen unmöglich. Es gäbe keine Wunder, wo sich der Menschensverstand gegen Vernunft, Einsicht und Logik sperrt und deshalb müßte die Reichsregierung ihren Platz behaupten. An der Größe ihrer Aufgabe, an ihren höheren Pflichten gegenüber der Nation hat sie sich zu orientieren, nicht an dem Lärm der Unvernünftigen und Unpolitischen.

Rudelmuddel bei den völkischen Verbänden.

„Wermolt“ gegen „Stahlhelm“.

München, 17. Mai.

Der „Bayrische Frontkrieger-Bund“ hat sich von Anfang an in Opposition zur Organisation des „Stahlhelm“ gestellt, weil dieser angeblich den Grundgedanken parteipolitischer Neutralität hochhält und es ablehnt, die Hakenkreuzfahne zum Bundesbanner zu erklären. Der völkische Frontkriegerbund in Bayern legte deshalb auch alle Hebel in Bewegung, um den „Stahlhelm“ auszuschließen und dessen Mitglieder zu sich herüberzuziehen. Nach Mitteilung des „Völkischen Kurier“ scheint dieses Bemühen nun teilweise von Erfolg gekrönt zu sein, da die ganze Stahlhelmorganisation in Ostpreußen offiziell sich von der Bundesleitung in Magdeburg losgelöst und einen völkischen Frontkrieger-

Bund gegründet hat, der zu dem bayrischen in ein enges Kartellverhältnis getreten ist. Ebenso hat die Jugendorganisation des Stahlhelm in Mitteldeutschland, der „Wermolt“, seine Beziehungen zu Magdeburg gelöst und ist geschlossen zur völkischen Bewegung übergetreten und hat sich der bayrischen Landesleitung des Frontkriegerbundes unterstellt.

Das Waffenlager eines hannoverschen Agrariers.

Stettin, 19. Mai.

Auf dem Acker eines deutschvölkischen Führers, des Gutsbesizers Siemstein in Neurojew, Bezirk Stettin, wurde am Freitag durch Landarbeiter ein Waffenlager ausgegraben. Die Fundstelle liegt dicht am Gutsgarten. Gefunden wurden 31 Schüsse zu MG, 47 Feuerdämpfer und Pistolenpatronen, 30 Patronen trommelhalter, 16 Käufe von MG mit 10 Wasserfässen, 2 Patronentrommeln, 1 Patronenpatrone, 2 Patronenkartuschen und 1 kleine Kisten mit Schloßschlüssel. Siemstein äußerte nach dem Funde zu den Landarbeitern, die diese Waffen ausgegraben hatten, wo sie denn die Patronen hätten. Danach muß erst recht angenommen werden, daß Siemstein von dem Waffenlager Kenntnis hatte. Die Waffen wurden von der Reichswehr in Tantow beschlagnahmt.

Die Entente einig für das Sachverständigengutachten.

Das Ergebnis der Mailänder Konferenz.

SPD. Rom, 20. Mai. (Drahtber.)

Ueber die Zusammenkunft zwischen dem italienischen Ministerpräsidenten Mussolini und den belgischen Ministern Theunis und Symans wird folgender amtlicher Bericht herausgegeben: Die Minister hatten es nach ihren Besprechungen für notwendig, „sofort in der Reparationsfrage unter Anwendung der Sachverständigengutachten eine endgültige Entscheidung unter der Bedingung zu treffen, daß Deutschland sich bereit erklärt, alle notwendigen Maßnahmen loyal auszuführen.“ Die Minister hatten den Abschluß ihres interaktierten Abstimmens über die Fragen für möglich und außerdem für wünschenswert, sobald ein ausreichender Meinungsaustrausch zwischen den alliierten Staaten erfolgt sei, eine interaktierte Konferenz einzuberufen. Belgien und Italien werden sich bemühen, ohne Verzug die Sachverständigengutachten zur Ausführung zu bringen, indem sie der Auffassung huldigen, daß die Frage der interaktierten Schulden unlöslich mit der endgültigen Regelung des Reparationsproblems verknüpft ist.

Nach diesen Tatsachen ist es unverständlich, wie ein hiesiges Blatt seinen Bericht über die Mailänder Konferenz mit der großen Ueberschrift „Der bedrohte Dawesplan“ versehen kann. Da auch sämtliche für die künftige Regierungsbildung in Betracht kommenden Staatsmänner Frankreichs sich unzweifelhaft für unveränderte Annahme des Dawesplans ausgesprochen haben, ist die Verständigung auf Grund des Gutachtens einzig noch durch die Unvernunft unserer Deutschnationalen bedroht.

Der wachsende Einfluß Italiens in Osteuropa.

Wandlungsvertrag mit der Tschechoslowakei.

Rom, 19. Mai.

Die Zeitung „Il Mondo“ veröffentlicht am Montag Erklärungen des tschechoslowakischen Außenministers über seine Verhandlungen mit Mussolini. Er erklärt, diese Verhandlungen würden die Grundlage eines formellen Vertrages bilden, den in absehbarer Zeit beide Regierungen unterzeichnen würden. In diesem Vertrag sollen zwei hervorragende Grundzüge obwalten, und zwar die Aufrechterhaltung und Gewährleistung aller Friedensverträge in Mitteleuropa und zweitens die engste politische Zusammenarbeit zwischen Italien und der Tschechoslowakei. Es handelt sich nicht nur um eine Entente, sondern gleichermaßen auch um eine praktische Zusammenarbeit, deren Zweck sei, die in jedem Augenblick notwendigen Maßnahmen gemeinsam zu treffen und auszuführen. Der Vertrag werde keinerlei militärische Klauseln enthalten und überschreite nirgends die Bestimmungen des italienisch-tschechoslowakischen Vertrages, von dem er durchaus unabhängig sei. Benesch will den Vertragsentwurf dem zur Kur in Sizilien weilenden Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik Dr. Masaryk vorlegen, dessen Zustimmung er erhofft. Er stellt in Aussicht, daß bei seiner erfolgenden Rückkehr nach Rom bereits die Unterzeichnung des Vertrages erfolgen kann.

Die Politik der französischen Sozialisten

Kein Eintritt in die Regierung — aber Unterstützung jeder Friedenspolitik.

Marseille, 20. Mai.

Der neugewählte sozialistische Abgeordnete Renaudel erklärte einem Redakteur des „Pays Provençal“, die Sozialisten würden keine Kombination unterstützen, durch die die Grundsätze des Nationalen Blocks beibehalten würden. Er habe schon am Abend der Wahl erklärt, daß sich die sozialistische Partei an der Regierung nicht beteiligen werde. Ohne Hintergedanken möchte er aber jetzt hinzufügen, daß er eine Regierung unterstützen würde, die sich an einer Politik des wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbaues, an der für Europa so nötigen Friedenspolitik energig beteiligen würde. Für den Augenblick werde also die sozialistische Partei in die Regierung nicht eintreten; würde sie es tun, so würde das nicht ohne Gefahr für ihre Einheit und infolgedessen auch für die Regierung selbst sein. Das habe man schon 1917 gesehen, und es wäre unklug, diesen Zustand wieder herbeizuführen, es sei denn, daß dies neue gebietliche Notwendigkeiten erforderten. Die „Unterstützungspolitik“, wie er sie nennen wolle, werde die einstimige Billigung der Partei finden, wenn man sich einer homogenen radikalen Regierung gegenüber befinde, die rasch handele.

Frankreich und Deutschland.

Stellungnahme eines französischen Sozialisten.

Der französische Abgeordnete, Gen. Moutet, gewählte dieser Tage dem Pariser Vertreter des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienste“ eine Unterredung, in der er hervorhob, wie sehr die politische Entwicklung in Deutschland und Frankreich voneinander abhängen und sich wechselseitig einander bestimmen. „Mit den Nationalisten in Deutschland gibt es für uns keine Verständigung, nur mit einer ebenfalls demokratischen Regierung in Berlin ist ein Vergleich zwischen Frankreich und Deutschland möglich.“ Das ist die Devise, in der alle Gespräche mit den Politikern der Linken in Frankreich ausgingen und die sich auch in dem folgenden Interview wiederfinden.

Im Verlaufe der letzten beendeten Legislaturperiode und vor allem während der Wahlkampagne, führte Moutet aus, habe ich stets als einen der wesentlichsten Gründe für die Notwendigkeit einer Beseitigung des Nationalisten Bloks angesehen, daß er in Deutschland die Geschäfte der Nationalisten befreit. Wiederholt habe ich an das Wort meines Freundes Cailleur, den ich zu verschiedenen die Ehre hatte, erinnert: Die Nationalisten beider Länder bekämpfen sich und ziehen doch in Wirklichkeit an einem Strang. Wie oft habe ich in meinen Wahlveranstaltungen Seite an Seite mit Herriot mich an den Kopf gefaßt und mit Estienne festgestellt, daß der Nationale Blok keine Fehler zu weit macht, daß, wenn einst die Stunde für uns kommen werde, die Macht zu ergreifen, wir vor uns in Deutschland nur noch den Nationalismus finden, mit dem es für uns eine Verständigung nicht gibt. Ich habe oft diese tragische Möglichkeit mit Nachdruck unterstrichen, daß infolge nicht wiedergutmachender Fehler wir uns einer Situation gegenüber befinden würden, in der es nicht möglich wäre, den deutschen Nationalismus weniger hart zu behandeln, wie wir den eigenen Nationalismus behandeln haben.

Ich habe stets angeführt, daß die wesentlichsten Garantien des Friedens für uns durch jene Massen repräsentiert werden, die in Deutschland den Umsturz hervorgerufen, die Republik errufen und verteidigt haben und daß wir ausschließlich uns mit dieser Masse verständigen können und wollen. Jede kleinere Verständigung mit den anderen Bünde nur eine Täuschung sein und wir wollen nicht getäuscht werden. Der deutsche Großkapitalismus und Nationalismus wird in uns Gegner finden, und jene Nationalisten, die heute ihre Sekereien und Demonstrationen von Tag zu Tag steigern, dürfen von uns nicht das geringste erwarten. Wir wären ihnen gegenüber um so härter, als wir in den friedliebenden demokratischen, linksgerichteten und republikanischen Massen Deutschlands die Männer zu finden hoffen, die sich darüber klar sind, daß unser Kampf gegen den Militarismus und Nationalismus auch ihren Interessen und dem Interesse des Weltfriedens gilt.

Auf meinen Hinweis, daß die deutsche nationale Presse vor und nach der Reichstagswahl wiederholt behauptet habe, die sogenannten nationalpolitischen Wahlen in Deutschland hätten den Gegnern Poincares genützt, indem sie die Massen des französischen Volkes stutzig gemacht hätten, antwortete Moutet mit einem lauten Lachen: Das ist ein Schwundel! In Wirklichkeit bildeten die deutschen Reichstagswahlen vom 4. Mai die größte Gefahr, der wir während unseres ganzen Wahlkampfes begegnet sind. Der Nationale Blok hat versucht, sie wahlstrategisch auszunutzen, indem er behauptete, die deutschen Wahlen seien absolut nationalpolitisch ausgefallen, und wahrscheinlich wäre die Niederlage des Nationalen Bloks noch größer gewesen, wenn dieser Ruf nach rechts nicht in Deutschland stattgefunden haben würde.

Die Taktik der Nationalisten in der französischen Regierung in den letzten Jahren bestand darin, in Frankreich und draußen zu erklären, daß das ganze Deutschland nationalpolitisch sei und die deutsche Republik, die deutsche Reichsregierung nur eine geübte Vermummung (Camouflage) gewesen sei. Gerade in dem Augenblick, in dem wir durch unsere unermüdbare Propaganda das Gegenteil nachzuweisen vermochten, da drohten die erneuten nationalpolitischen Wahlen in Deutschland die Argumente unserer Gegner zu befähigen.

Auf meine Frage, was dieser tragikomischen Situation gegen-

über zu tun sei, erwiderte Moutet: Wenn ich einen Wunsch aussprechen darf und das aus vollem Herzen, so wäre es der, daß in der Stunde, wo in England eine Regierung Macdonald am Ruder ist, in der Stunde, wo in Frankreich eine Linksregierung die Macht ergreifen wird, die deutsche Demokratie die historische Bedeutung dieses Augenblicks erfasse und sie uns die Möglichkeit gebe, daß wir vor uns Männer finden, die die gleichen Ziele der internationalen Gerechtigkeit, der europäischen Demokratie und des Weltfriedens verfolgen.

Die Reichskonferenz der Arbeiterjugend

Eine bewegte Tagung.

SPD. Weimar, 18. Mai.

Unter Beteiligung von mehr als hundert Delegierten aus allen Teilen Deutschlands und zahlreichen Gästen wurde am Sonnabend die Reichskonferenz der sozialistischen Arbeiterjugend eröffnet. Den einleitenden Begrüßungsansprachen folgte der Geschäftsbericht des Generalsekretärs. Die sozialistische Arbeiterjugend hatte unter der Inflationszeit schwere Tage zu überstehen gehabt. Die Zahl der Mitglieder hatte sich vermindert, die Betriebsaktivität wurde geschwächt, Anstellungen mußten abgebaut werden. Nicht zuletzt durch die Hilfe von ausländischen Jugendorganisationen, noch mehr durch die Stabilisierung der Mark sind die Schwierigkeiten überwunden worden. Die Zahl der Mitglieder ist im Steigen begriffen (über 110 000 zählt jetzt der Verband). Besonders regte war die Tätigkeit auf sozialpolitischen Gebieten. Die wirtschaftliche Krise, die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterklasse stellten an den Hauptvorstand die größten Anforderungen. Für ein neues Lehrlingsgesetz wurde eingetreten und für eine Anteilnahme an der Bewirtlichung des Jugendwohlfahrtsgebietes wurden durch Hilfer-Kurse Vorbereitungen getroffen. Der Vorwurf, der Hauptvorstand habe sich bedingungslos für die Republik, wie sie eben ist, eingesetzt, ist falsch. Die Republik müßte allerdings unter allen Umständen als der Boden, auf dem der Kampf für den Sozialismus allein geführt werden kann, geklärt werden.

Die größten Vorwürfe wurden gegen den Hauptvorstand wegen seiner Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Verbänden erhoben. Diese Mitarbeit ist einmal episcopischer Natur gewesen und betraf gemeinsame Aktionen mit dem republikanischen Jugendbunde, und das andere Mal permanenter Natur durch Teilnahme an dem Reichsausschuß deutscher Jugendverbände, der die amtliche Jugendorganisation darstellt. Die republikanischen Jugendbünde haben sich in dem letzten Jahre stark sozial eingestellt und der Reichsausschuß deutscher Jugendverbände ist mit einem Jugendparlament zu vergleichen. Dieser Jugendkongress hat sich auf dem Gebiete des Lehrlingsrechts, des Jugendstudiums, des Jugendurlaubes ganz auf den Boden der SPD gestellt. Die Leidenhaftigkeiten gingen besonders hoch wegen des Auftrags des Ausschusses, der eine Rundgebung für die Republik und Reichseinheit

Devisen-Kurse.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

Alles in Billionen Mark

	20. Mai.	19. Mai.
Amsterdam	100 fl. 157,60	157,60
Buenos Aires	1 Peso 1,375	1,375
Brüssel. (Antwerp.)	100 Fr. 19,55	20,20
Kristiania	100 Kr. 58,65	58,65
Kopenhagen	100 Kr. 71,42	71,42
Stockholm	100 Kr. 111,97	111,97
Helsingfors	100 Finn. 10,62	10,62
Rom	100 Lire 18,85	18,85
London	1 £ 18,355	18,255
Neuyork	1 Dollar 4,19	4,19
Paris	100 Frs. 22,74	23,94
Zürich	100 Frs. 74,56	74,41
Madrid	100 Peseta 58,45	58,45
Portugal	100 Escudo 12,64	12,64
Japan	1 Yen 1,655	1,655
Rio de Janeiro	1 Milreis 0,455	0,46
Wien	100 000 Kr. 5,98	5,98
Prag	100 Kr. 12,46	12,46
Jugoslawien	100 Dinar 5,23	5,23
Budapest	100 000 Kr. 4,58	4,58
Bulgarien	100 Lewan 8,09	8,09
Danzig	100 Gulden 78,41	78,41

Im Zusammenhang mit der Befreiung des Ruhrgebietes und der Separatistenbewegung bebaute. Hier hatte es sich aber um eine Rundgebung gehandelt, die mit dem Standpunkt der SPD im Einklang steht. Von einem Verrat an Klassenkampf kann hier keine Rede sein. Der Hauptvorstand wäre ebenso bereit oder noch geneigter, mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten. Sie wollen aber nicht diese Zusammenarbeit, und dort, wo sie, wie z. B. in Sachsen, versucht worden ist, ist sie an der Haltung der Kommunisten gescheitert.

In der Nachmittagsung wird die Diskussion über den Geschäftsbericht des Hauptvorstandes fortgesetzt. Sie behandelt hauptsächlich die Unterzeichnung des Aufrufes des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände durch den Hauptvorstand. Die Delegierten aus dem besetzten Gebiete stehen zum Aufruf und finden, daß er der Situation entspricht; die Sachsen und Thüringer, die noch immer unter dem Eindruck des Novembermarsches der Reichswehr stehen, sind dagegen der Meinung, daß aus der damaligen Situation heraus die Unterzeichnung eines Aufrufes gemeinsam mit rechtsstehenden Jugendbünden unterbleiben müssen. Unter Führung der Leipziger verlangen die Sachsen Austritt der SPD aus dem Reichsausschuß. Eine vermittelnde Stellung nimmt Bremer-Grunt ein. Auch er vertritt die Unterzeichnung des Aufrufes und glaubt, daß in Zukunft gemeinsame politische Rundgebungen von dem Reichsausschuß, der nur ein Zweckverband der Jugend sein sollte, unterbleiben müßten. Er hält aber einen Austritt aus dem Reichsausschuß nicht für notwendig. Die Debatte wird durch einen Schlußantrag beendet.

Es werden mit einer Mehrheit von zwei Stimmen (57 gegen 55) zwei Entschließungen angenommen, die die Unterzeichnung des Aufrufes verurteilen und den Reichsverband lediglich als Zweckverband der Jugend gelten lassen sollen, der sich mit politischen Rundgebungen fernzuhalten hat. Dagegen wird der Antrag, der den Austritt aus dem Reichsausschuß verlangt, abgelehnt. Ebenso wird mit großer Mehrheit ein anderer Antrag abgelehnt, der die Zusammenarbeit mit den republikanischen Jugendbünden nicht wünscht.

Ein Reihe kleiner Anträge finden schnelle Erledigung. Besondere Erwähnung verdient die Sympathie-Rundgebung für Toller, dann eine Resolution, die den ausländischen Jugendorganisationen den Dank für ihre materielle Unterstützung ausdrückt und die Satzungsänderung, die in Zukunft die Einberufung von Reichsjugendkonferenzen nur einmal in zwei Jahren vorsieht. Eine besondere Resolution enthält eine scharfe Abkündigung der Arbeitsdienstpflicht. Damit ist die Konferenz am Schluß ihrer Tagung angelangt.

In den Hauptnotizen werden die vom Parteivorstand vorgeschlagenen Parteigenossen Dr. Lohmann, Heinrich Schulz, Barzick und die Genossen Buchacz gewählt, als Verbandsvorsitzender wird Max Westphal wiedergewählt.

Unter Abhängen eines Schlußvortrages nimmt der erste Tag der Jugendkonferenz sein Ende. Am Sonntag erfolgte nach einer schonen zweitägigen Wanderung die Einweihung des ersten Reichsferienheimes der sozialistischen Arbeiterjugend im Schloß Tännich.

Englische Sozialpolitik.

London, 19. Mai.

Der Parteivorstand der Unabhängigen Arbeiterpartei beschloß am Sonnabend, Macdonald eine Entschließung vorzulegen, die die Erwartung ausdrückt, daß die innere und äußere Politik der Arbeiterregierung weiterhin zu einer Verminderung der Arbeitslosigkeit führen werde. Die Unabhängige Arbeiterpartei schlägt als Mittel zur weiteren Verminderung der Arbeitslosigkeit die obligatorische Einführung der maximalen Arbeitswoche von 48 Stunden vor.

Arbeitsminister Tom Shaw kündigte am Sonntag in einer Rede, die er in Bolton hielt, an, daß die Regierung am Dienstag dem Unterhaus einen Gesetzentwurf vorlegen werde, der die unterbrochene Unterstützung schuldes arbeitslos gewordener Arbeitnehmer vorsieht. Außerdem kündigt er die Erhöhung der wöchentlichen Unterstützung um 8 Schilling für Männer und 3 Schilling für Frauen an.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freiheit Lübeck und Kneiteler Hermann Bauer; für Inkerate: Carl Luidhard. Verleger: Carl Luidhard. Druck: Friedr. Weyer & Co. sämtlich in Lübeck.

Geschichte vom braven Kaiserl und dem schönen Annel.

Von Clemens Brentano.

3. Fortsetzung.

Ich ahnte, ein schweres Leid müßte auf ihr laiden, aber sie fühlte bei der Würde ihrer Jahre nur in einzelnen Momenten sich schmerzhaft gerührt. Sie weinte, ohne zu klagen, ihre Worte waren immer gleich ruhig und kalt. Ich sah sie nochmals, mir die ganze Verantwortung zu ihrer Reife in die Stadt zu erzählen, und sie sprach:

„Mein Entel, der Alan, von dem ich Ihnen erzählte, hatte doch mein Pächter sehr lieb, wie ich Ihnen vorher sagte, und sprach der schönen Annel, wie die Leute sie ihres glatten Spiegel wegen nannten, immer von der Ehre vor und lagte ihr immer, sie solle auf ihre Ehre halten und auch auf seine Ehre. Da kriegte dann das Mädchen etwas ganz Apartes in ihr Gesicht und ihre Kleidung von der Ehre; sie war feiner und manierlicher als alle anderen Diener. Alles sah ihr knapper an Leide, und wenn sie ein Tuschle einmal ein wenig derb beim Tanze ansetzte oder sie etwas höher als den Steg der Baggele schwang, so konnte sie bitterlich darüber bei mir weinen und sprach dabei immer, es sei wider ihre Ehre. Ach, das Annel ist ein eigenes Mädchen immer gewesen. Manchmal, wenn kein Mensch es sah, verfiel sie mit beiden Händen nach ihrer Schürze und rief sie sich vom Leide, als ob Feuer drin sei, und dann fing sie gleich entschlossen an zu weinen; aber das hat keine Ursache; es hat sie mit Zähnen zugerissen, der Feind zucht nicht. Wäre das Kind nur nicht stets zu hinter der Ehre her gewesen und hätte sich lieber an den lieben Gott gehalten, hätte ihn nie von sich gelassen in aller Not, und hätte feineswillen Schande und Verachtung ertragen statt ihrer Menschenehre. Der Herr hätte sich gewiß erbarmt, und wird es auch noch. Ach, sie kommen gewiß kommen, Gottes Wille geschehe!“

„Der Alan stand wieder in Frankreich, er hatte lange nicht geschrieben, und wir glaubten ihn seit tot und weinten oft um ihn. Er war aber im Hospital an einer schweren Blieser krank gelegen, und als er wieder zu seinen Kameraden kam und zum Unteroffizier ernannt wurde, fiel ihm ein, daß ihm der zwei Jahren sein Stiefbruder so übers Maul gefahren, er sei nur Gemeiner und der Vater Kaporal, und dann die Geschichte von dem französischen Unteroffizier, und wie er seinem Annel von der Ehre so viel geredet, als er Abschied genommen. Da verlor er seine Ruhe und kriegte das Heimweh und lagte zu seinem Rittmeister, der ihn um sein Leid fragte: „Ach, Herr Rittmeister, es ist, als ob es mich mit den Zähnen nach Hause zöge.“ Da ließen sie ihn heimzucken mit seinem Pferd, denn alle seine Offiziere trauten ihm. Er kriegte auf drei Monate Urlaub und sollte mit der Remonte wieder zurückkommen. Er eilte, so sehr er

konnte, ohne seinem Pferde wehe zu tun, welches er besser pflegte als jemals, weil es ihm anvertraut worden. In einem Tage trieb es ihn ganz entsehtlich nach Hause zu eilen. Es war der Tag vor dem Sterbetage seiner Mutter, und es war ihm immer, als laufe sie vor keinem Pferde her und rief: „Kaiser, tue mir eine Ehre an!“ Ach, ich sah an diesem Tage auf ihrem Grabe ganz allein und dachte auch, wenn Kaiser doch bei mir wäre; ich hatte Blümelein Bergnützhilfen in einen Kranz gebunden und an das eingewickelte Kreuz geknüpft und maß mir den Platz umher aus und dachte, hier will ich liegen, und da soll Kaiser liegen, wenn ihm Gott sein Grab in der Heimat schenkt, daß wir sein Bekommen sind, wenn heißt: „Ihr Toten, ihr Toten sollt aufstehen, ihr sollt zum jüngsten Gerichte gehen!“ Aber Kaiser kam nicht, ich wußte auch nicht, daß er so nahe war und wohl hätte kommen können. Es trieb ihn auch gar zu eilen, denn er hatte wohl oft an diesen Tag in Frankreich gedacht und hatte einen kleinen Kranz von schönen Goldblumen von daher mitgebracht, um das Grab seiner Mutter zu schmücken, und auch einen Kranz fürs Annel, den sollte sie sich bis zu ihrem Ehrentage bewahren.“

Sier ward die Alte still und schüttelte mit dem Kopf; als ich aber die letzten Worte wiederholte: „den wollte sie sich bis zu ihrem Ehrentag bewahren.“ — fuhr sie fort: „Wer weiß, ob ich es nicht erfüllen kann, ach, wenn ich den Herzog nur werden dürfte!“ — „Was“, fragte ich, „welch Anliegen habt Ihr denn, Mutter?“ — Da lagte sie ernst: „D. was läge am ganzen Leben, wenn's kein End nähme; was läge am Leben, wenn es nicht ewig wäre!“ und fuhr dann in ihrer Erzählung fort:

„Kaiser wäre noch recht gut zu Mittag in unserm Dorfe angekommen, aber morgens habe ich sein Wort im Stalle gesagt, daß sein Pferd gedrückt sei, und dabei gesagt: „Mein Freund, das macht dem Reiter keine Ehre.“ Das Wort hatte Kaiser sich empfinden, er legte beswegen den Sattel hoch und ließ auf, bar alles, ihm die Wunde zu heilen, und legte seine Reife, das Pferd am Zügel führend, zu Hause fort. So kam er am späten Abend als an die Mühle, eine Meile von unserm Dorfe, und weil er den Müller als einen alten Freund seines Vaters kannte, sprach er bei ihm ein, und wurde wie ein recht lieber Gast aus der Fremde empfangen. Kaiser zog sein Pferd in den Stall, legte den Sattel und sein Felleisen in einen Winkel und ging nun zu dem Müller in die Stube. Da fragte er dann nach den Seintigen und hörte, daß ich alte Großmutter noch lebe, und daß sein Vater und sein Stiefbruder gesund seien und daß es recht gut mit ihnen ahe; sie wären erst gestern mit Getreide auf der Mühle gewesen, kein Vater habe sich auf den Kopf und Ohrenschmel gelegt und gebeise dabei recht gut, auch halte er jetzt etwas auf seine Ehre und gehe nicht mehr so zerrissen umher. Darüber war der gute Kaiser nun herzlich froh, und da er nach der schönen Annel fragte, lagte ihm der Müller, er könne sie nicht, aber wenn es die sei, die auf dem Rosenhof gebiet habe, die hätte sich, wie er gehört, in der Hauptstadt vermietet, weil sie da eher etwas lernen könne und mehr Ehre dabei sei; so habe er vor einem Jahre von dem Ancht

auf dem Rosenhof gehört. Das freute den Kaiser auch; wenn es ihm gleich leid tat, daß er sie nicht gleich sehen sollte, so hoffte er sie doch in der Hauptstadt bald recht sein und gesund zu finden, daß es ihm, als einem Unteroffizier, auch eine rechte Ehre sei, mit ihr am Sonntag spazieren zu gehen.

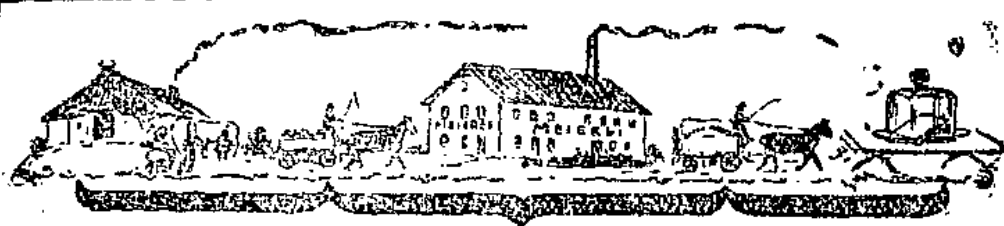
Nun erzählte er dem Müller noch mancherlei aus Frankreich, sie aßen und tranken miteinander, er half ihm Korn aufschütten, und dann brachte ihn der Müller in die Oberkammer zu Bett und legte sich selbst unten auf einigen Säcken zur Ruhe. Das Geflapper der Mühle und die Seimstühle nach der Heimat ließen den guten Kaiser, wenn er gleich sehr müde war, nicht schlafen. Er war sehr unruhig und dachte an seine liebe Mutter und an die schöne Annel und an die Ehre, die ihm bevorstehe, wenn er als Unteroffizier vor die Seimigen treten würde. So entschloß er sich endlich leis und leise von dem Müllers Traum oft aufzuwachen, es war ihm mehrmals, als trabe seine liebe Mutter zu ihm und habe ihn länderingend um Hilfe; dann war es ihm, als sei er gestorben und würde begraben; gehe aber selbst zu ihm als Toter mit zu Grabe und lägen Annel wache ihm zur Seite; er weine heimlich, daß ihn keine Kameraden mit begleiten, und da er auf den Rosenhof komme, sei sein Grab neben dem seiner Mutter; und Anners Grab sei auch dabei, und er gebe Annel das Kränzlein, das er ihr mitgebracht, und hänge das der Mutter an ihr Grab; und dann habe er sich umgesehen und niemand mehr gesehen als mich und die Annel, die habe einer an der Schürze ins Grab gerufen, und er sei dann auch ins Grab gestiegen und habe gesagt: „Mit dem niemand hier, der mir die letzte Ehre ansetzt und mich ins Grab ziehen will als einem braven Soldaten?“ und da habe er sein Pistol gezogen und sich selbst ins Grab geschossen. Heber den Satz wachte er mit großem Schrecken auf, denn es war ihm, als hätten die Fenster davon; er sah um sich in der Stube, da hörte er noch einen Schlag fallen und hörte Geräusche in der Mühle und Gezeire durch das Geklawer. Er sprang aus dem Bett und eilte nach seinem Säbel. In dem Augenblick ging keine Tür auf, und er sah beim Vollmondchein zwei Männer mit bewachten Gesichtern mit Knitteln auf sich zuziehen; aber er legte sich zur Wehre und hielt den einen über den Arm, und so entflohen beide, indem sie die Tür, welche nach außen aufging und einen Riigel draußen hatte, hinter sich verriegelten. Kaiser veruchte umsonst, ihnen nachzukommen, endlich gelang es ihm, eine Tafel in der Tür einzurücken. Er eilte durch das Loch die Treppe hinunter und hörte das Röcheln des Müllers, den er geliebt zwischen den Rosenstauden lagend fand. Kaiser band ihm los und eilte dann gleich in den Stall nach seinem Pferde und Felleisen, aber beides war geraubt. Mit großem Jammer eilte er in die Mühle zurück und lagte dem Müller sein Unglück, daß ihm all sein Hab und Gut und das ihm anvertraute Pferd gestohlen sei, über welches letztere er sich gar nicht aufreiben geben konnte.

(Fortsetzung folgt.)

Billige Strümpfe usw.

- D-Strümpfe la. Flor, Doppelfohle, Hochferse 80,4
 - D-Strümpfe la. Seidenflor, Doppelfohle und Hochferse . 1,35
 - D-Strümpfe la. Kunstfelle, mit Naht 2,25
 - Nachschlägen Blandoppeldruck 1,80
- Nach alle anderen Waren ebenfalls zu bedeutend ermäß. Preisen

Strumpfhaus Unidos,
 Holtenauerstr. 15 * Schlußstr. Westoer Str. 18 * Finkenhausen 22



In einer Hand

liegt bei der Hansa-Meierei (dem landwirtschaftlichen Unternehmen) die Milch vom Erzeuger bis auf den Tisch des Verbrauchers.
 In dieser Tatsache liegt die Erklärung, daß wir unseren Käse zu so überraschend niedrigem Preise abgeben können.
 Sie werden nirgends die gleiche Qualität zu folchem niedrigem Preise kaufen können.

- Tilfter I** 70 Pfennig das Pfd.
- Tilfter II** 40 Pfennig das Pfd.

Hansa-Meierei G.m.b.H.



Unsere Eigenfabrikate zeichnen sich durch Preiswürdigkeit und Güte aus. Genossenschaftler und sparsame Hausfrauen verwenden daher

nur „GEG“-Seifen

Zu beziehen durch:
Konsumverein für Lübeck und Umgegend
 e. G. m. b. H. (2802)



RESI
 Dann hilft Dir

Breitestraße 36, Ecke Beckergrube
 (2817)

Freidenker

Reichsbund der Kriegsbeldädigten, Kriegsteilnehmer u. Kriegshinterbliebene Ortsgruppe Lübeck.

Mitglieder-Versammlung am Freitag, dem 23. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Kath. Gesellenhaus, Paradeplatz.

Gesellschaftsclub Lübeck. Gesellschaftsausflug mit Damen am Dienstag dem 27. Mai 1924 nach Altona-Bahrenfeld.

Abfahrt morgens 7 Uhr 40 Min. zur Besichtigung zweier industrieller Betriebe. Kartenabgabe von 21.-28. 5. 24 während der Vormittagsstunden bei der Firma Paul Roslin, Breite Str. 23.

Weißer Engel
 Morgen Donnerstag TANZ
 Eintritt und Tanz frei.

Abtlershorst (2800) Morgen Ball

Hansa-Theater
 Heute, Mittwoch 8 Uhr Das glänzende Programm.

Großkampftag
 3 Ring- u. 1 Bogkampft.

Deutscher Verkehrsband.
 Ortsverwaltung Lübeck

Trocadero
 Schlüsselbad, 4. F. 787

Stimmungs-Konzerte
 2806

Gladiateur Lübeck
 Mittwoch, 7.30 Uhr: Don Juans letztes Abenteuer.

Donnerstag, 7.30 Uhr: Scherz, Satire, Ironie u. tiefere Bedeutung.

Freitag, 7.30 Uhr: Der Troubadour.
 Gas oben 19 Goldpf., Lichtstrom khw 60, Kraftstrom 27, Wasser oben 15/30, heizbare Räume mit Leitung 20, ohne Leitung 10 Goldpf. (2820)

Bringen Sie Ihre **Kranke Uhr** zum billigen Uhrmacher (2805) Gumbelstr. 32.

Rein. Kakao
 Schokol.-Mehl 1/2 75 u. 80 4
 Bananenkekao 1/2 72 4
 Kakaokakao 1/2 75 4
 Kap. Backobst 1 75 4

Pflanzen
 Birnen 75 u. 85 4
 Gute Äpfel 75 4
 Aprikosen 75 4

Eduard Speck
 Mühlstr. 63/64.

Kinderwagen
Promenadenwagen
Klappsportwagen
 Neueste Modelle: Brennabor, Naether, Phoenix, Excelsior. Auswahl und Preiswürdigkeit unübertroffen.

Ernst Brandes Lübeck (2807) Breite Str. 9

Eleg. Damen-, Mädchen-, Herren-, Knaben-Konfektion, eleg. Kleiderstoffe, Volles, Frottes, Chenilles, Mustener, Wäsche, leichte und eleg. Schuwaren für Damen, Herren, Kinder, Manchester usw.
Ehlers & Neelwisch
 Goltzstr. 1 (2810) St. Petri 2 u. 4
 Leichtes Sommerkleidung.

Schuhreparaturen
 liefert schnell, sauber und billig
 Schuhvertrieb
Rheingold

Sie finden bei mir in reicher Auswahl und zu billigen Preisen
Gardinen
 Meterware: 2.00 1.50 1.40 1.10 0.98
 Abgepaßt: Fach 15.00 11.50 10.50 3.50
 Vorhangstoffe, Tischdecken, Diwanddecken, Bettvorlagen, Läuferstoffe
Heinrich Beuck
 Bröckesstraße 25, Ecke Warenparkstr.

Garantie Kopf-Läuse
 In 1/2 Std. vernicht. Garantiert Kopf-Läuse u. Kleinf. Brut (Nist), Wanzen, Flöhe b. Mensch u. Tier. Riesold Wand. unisch. Werk. nur: Regidienstr. 4. (2826)

Tomatenpflanzen
 mit Knospen
Sellerie- und Borretpflanzen
 sowie alle Sorten **Kohlpflanzen**
Richard Schunck
 Kirchstr. 6. (2827) Telephon 1040.

Kleinverkauf von **Baumaterialien**: Steine, Sand, Zement, Kalk, Strohrohre, Dachpappe, Feer, Dachziegel, Klinker, Platten, Chamotteziegel usw. (2803)
Lüders & Nintz, Kanalstraße 30/36.

Von der **Lehrmeister-Bibliothek** empfehlen wir folgende Nummern **à 25 Pfennig.**

1. Der Hausgarten.
2. Zimmergärtnererei.
5. Aufzucht junger Hunde.
6. Romanenland.
- 10/11. Leitfaden zur Vierzugsucht.
- 23/24. Ingepsort.
- 28/29. Heiter und Pferd.
- 35/39. Gemüsebau.
40. Schnitt des Steinobstes.
41. Schnitt des Kernobstes.
42. Insektenfressende Pflanzen.
43. Wänterländer.
45. Monatsblätter für den Obstbau.
- 47/48. Die wichtigsten Pfl.
57. Blumenkamm.
- 57/59. Krankheiten der Obstgewächse.
74. Erziehung und Dressur des Hundes.
75. Pflanzen.
78. Monatsblätter f. d. Blumengarten.
- 80/81. Moderne Sortenentwürfe.
82. Sommerkochen.
- 92/94. Obstzuchtarbeiten.
- 95/96. Obstzucht.
- 97/98. Sägemühle fütterung der Hausv.
104. Anleitung zum Pflanzen sammeln.
111. Lohnender Kartoffelbau.
113. Der Reinkorn und seine Pflege.
115. Gartenbau.
116. Pflanzen und Pflege d. Obstbäume.
- 125/126. Feldgemüsebau.
145. Der Champignonhüter.
- 150/151. Schädlinge des Kernobstes.
- 152/153. Landwirtschaftliche Schädlinge.
224. Gesundheitspflege der Haustiere.
231. Unsere Beerensträucher.
233. Tomatenzüchtung.
240. Kultur der Getreide.
- 229, 253, 256 u. 256. Deutsche Pflanzenwelt.
- 241/42. Schädlinge des Beerenobstes.
243. Pflanzenvermehrung.
244. Die wichtigsten Vereblungsarten.
- 260/61. Das Wildbeeren.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung d. Lübecker Volksboten** Johannisstraße 45.

Geschäftsbücher
Schreibblocks
Rechnungsbücher
Quittungsbücher
Kuverts
Klebermarken
Kellnerbonsbücher
Tinte, rot u. schwarz
Leim, gute Qualität
Stiftlöse, Kopierlöse
Federn, Federhalter
 zu haben in der (3782)
Buchhandlung
Lübecker Volksbote.

Damenkleiderstoffe
 in großer Auswahl **direkt ab Fabrik!** Unter anderem:
 Voll-Volle, weiß und farbig . . . p. m. 2.10 u. 1.50
 Voll-Volle, bedruckt, la. Qualität . . . p. m. 3.50
 Woll-Moussaline, bedruckt, la. Qualität p. m. 2.90
 Sommer-Blusenstoffe, versch. Dessins p. m. 1.60
 Gabardine, la. Qual., 150 u. 100 Str., p. m. 2.50, 3.90, 5.50
 gegen Anzahlung Zurücklegen der Ware.
F. Speimann, Breite Straße 37
 (im Hause Anna's Berg), Stützengeschäft. (2714)

Selbstbesohler!
 Herren-Leversohli. I. Aussch. M. 1.20-1.30
 Damen- 0.80-1.00
Garantiert rein Kern!
 in jeder Größe auf Lager
Fünfhäuser

Beitragsmarken
 für Vereine und Gesellschaften
 fertigt an und liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 21. Mai.

Sozialdemokratischer Verein.

Generalversammlung. — Einstimmige Wiederwahl des Gesamtvorstandes. — Vortrag Dr. Leber über das Sachverständigengutachten.

Etwas verspätet — durch die Reichstagswahl bedingt — legte am Dienstagabend der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins der gut besuchten Versammlung seinen Rechenschaftsbericht vor. Zu Beginn der Tagesordnung gedachte der Vorsitzende, Genosse Haut, der seit der letzten Versammlung verstorbenen Genossen: Julius Gerber, Heinrich Burg, Hans Olmann, Gottfried Johansen, Fritz Groth, Joachim Busse.

In seinem Jahresbericht betonte der Parteisekretär, Genosse Alfred Weiß, u. a., daß ein Kampfsjahr hinter uns liege, wie es selten in der Geschichte der Lübecker Arbeiterbewegung zu verzeichnen gewesen sei. Die Not wuchs so grauenhaft an, daß der Arbeiter kaum noch 3 Pfg. pro Stunde Reallohn hatte und selbst diese Mäxime wurde ihm noch über Nacht aus der Tasche gestohlen. Das wirtschaftliche Elend ließ jede Freude an der Arbeit verfliegen. Die Auswirkungen des Krieges und der Nachkriegszeit der Sieger wurde verstärkt durch das brutale Vorgehen des deutschen Unternehmertums. Gegen dieses steht heute das Proletariat im schärfsten Kampf, denn dieses Unternehmertum versucht, die alten Verhältnisse wieder einzuführen und den Arbeiter von der Gleichberechtigung in Wirtschaft und Politik auszuschließen. Die Gegner der Republik sind eifrig am Werke, das republikanische Deutschland zu schwächen und mit verächtlichen Mitteln dem Proletariat jede Errungenschaft der letzten Jahre zu entreißen. Es wird großer Arbeit bedürfen, um bereits Verlorenes wieder zu gewinnen. Der Redner verwies auf den Kampf im Ruhrgebiet, in Sachsen und den mühselig durchgeführten Kampf der Werftarbeiter. Die Tragik der Arbeiterklasse ist es, daß sie diese Kämpfe nicht einheitlich durchführen kann. Heute sind wir mehr denn je von einer Einigung entfernt. Ein Zusammenarbeiten mit der SPD. kann es nicht geben, ehe sie ihre Grundanschauung und Stellung zur deutschen Innen- und Außenpolitik ändert. Im einzelnen ging Genosse Weiß auf die bedeutendsten Ereignisse im Parteileben ein, die zu den scharfen Wahlkämpfen beim Volksentscheid und der Bürgerstimmwahl führten, wobei es den politischen Gegnern weniger um die Idee als vielmehr um die Bekämpfung von Personen ankam. Leider wurde die Arbeit der Partei von manchen Genossen nicht verstanden, weil wir über den Parteiraum hinausgehende Verpflichtungen zu erfüllen hatten. Die Erwerbslosigkeit war in unserem Mitgliederkreis stark zu spüren, erstreckte sie sich doch zuweilen auf über 50 Proz. der Mitglieder. Dank gebührt allen tätigen Genossinnen und Genossen für ihre treue Mitarbeit im Dienste der Partei, insbesondere auch den beiden Geschäftsführern des Volksboten, den Genossen Steinberg und Lüdhardt, für die wirkungsvolle Hilfe des Verlags.

Nachdem Genosse Weiß den Fortschritt in der jugendalistischen Bewegung erwähnt hatte, kennzeichnete er fassungslos die Maulwurfsarbeit des aus der Partei hinausgeworfenen Kapitalistenföhlings Haase-Lampe, der nicht ohne Hintergedanken gerade heute den Gen.-Viz. zu verächtlichen Verleumdungen an der Parteiinhalten benutzt. Wir legten dem Herrn und seinen literarischen Erzeugnissen natürlich nicht die Bedeutung bei, die Haase-Lampe gern haben möchte, um seine Priorität als Kapitalist zu beweisen zu können. Daß diesem Herrn die Entwicklung unserer Partei nicht passe, ist selbstverständlich. Ganz entschieden zu verurteilen seien die Zwischenträge des Herrn Haase, sofern dieser keine Verleumdungen nicht aus den eigenen Fingern sauge. Nach einem Hinweis auf die völlige Bewegung stellt der Berichterstatter noch die Aufwärtsentwicklung des Sozialdemokratischen Vereins trotz aller Wirrnisse fest, und ersuchte die Genossen, wie bisher treue Mitarbeit zu leisten.

Genossin Jaekel berichtete über die Frauenbewegung, die sich ebenfalls in aufsteigender Linie bewegt und von 700 auf über 1000 Mitglieder angewachsen ist. Sie gab ferner einen Überblick über die zukünftige Agitation. In den Ferien sollen auch wieder wöchentlich Kinderausflüge stattfinden.

Nach dem Kassenericht waren im I. Quartal 1924 19 118,90 Mk. Einnahmen und 18 119,93 Mk. Ausgaben zu verzeichnen.

Als 1. Vorsitzender wurde Gen. Haut, als 2. Gen. Weiß gewählt. Dem Vorstand gehören ferner an die Genossinnen Mengel und Wieterring (an Stelle der wegen Gesundheitsrückfällen auscheidenden Genossin Jaekel), ferner die Genossen Frost, Dreyer, Kaschow, Franz, Dr. Pietsch, Dr. Leber und Wolfradt. Zu Revisoren wurden wiedergewählt die Genossen Lorenz, Zimmermann und Olbrich. Alle Wahlen erfolgten einstimmig.

Genosse Dr. Leber hielt darauf einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über das Sachverständigengutachten und die deutsche Politik, dessen Kernpunkt an anderer Stelle wiedergegeben wird.

Zum Schluß wies der Versammlungsleiter, Genosse Haut, noch auf die in Aussicht genommene Partei- und Presseagitation hin und forderte die Genossinnen und Genossen auf, wie bisher für die sozialdemokratische Partei zu wirken. Die Versammlung erbrachte einen musterhaften Beweis für die Geschlossenheit der Partei.

Eine Entschließung des Mieterschutzvereins.

Der Mieterschutzverein e. V. hielt am Freitag in den Zentralkassen und am Sonnabend in Siems, sowie in Travemünde Mitgliederversammlungen ab. Der Vorstand wurde beauftragt, folgende Entschließung an die zuständigen Stellen weiterzuleiten:

Die organisierten Mieter Lübecks erheben gegen die von der Reichsregierung mit der 3. Steuernotverordnung begonnene Aufhebung des Reichsmietengesetzes aufs schärfste Einspruch.

Sie erblicken darin eine bedauerliche Schwäche der Regierung gegenüber der Forderung der Bodenreform, die ihre Zeit für gekommen hält, um dem verarmten und in schmerzlicher Not zermürbten deutschen Volke das Recht zu entreißen: die Wohnstätte. Sie erblicken darin auch eine unglaubliche volkswirtschaftliche Kurzsichtigkeit, die da glaubt, gewaltige Bedürfnisse des Reichs und der Länder aus den Erträgen der Renten decken zu können. Sie erblicken endlich darin ein unvorantworliches Beispiel für das Finanzgebahren der Länder.

Sie verlangen von dem Reichstag und der Lübecker Bürgerschaft, daß sie mit Entschiedenheit den volkswirtschaftlichen Bestrebungen auf Beseitigung der zum Schutze der Mieter erlassenen Gesetze entgegenzutreten. Sie verlangen Beseitigung der Mietzinssteuer der 3. Steuernotverordnung. Sie verlangen die Ausgestaltung der jetzigen beschränkten Gesetze zum Schutze der zur Miete wohnenden weit überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes zu einem den Bedürfnissen unserer Zeit entsprechenden Wohnrecht.

Geht es vorwärts mit der Schulreform?

Abstimmung über Selbstverwaltung und Elternbeiräte.

Der Spaß geht weiter! —

Am 12. Mai ersuchte der Senat die Bürgerschaft, den Ausschuß für Unterricht und Erziehung schneller arbeiten lassen zu wollen, damit endlich die Selbstverwaltung und die Elternbeiräte (seit fünf Jahren gewünscht!) eingeführt werden könnten. — Einige Tage vorher erhielt jede Lehrkraft des Gebietes der freien und Hansestadt Lübeck einen Fragebogen, der am 31. Mai abgegeben werden soll, zwecks Beantwortung der „schwierigen“ Fragen der Selbstverwaltung und Elternbeiräte.

Man staune bitte nicht. — Der Senat verlangt schnellste Arbeit des Ausschusses zwecks Verabschiedung der Gesetzesvorlage, die Oberschulbehörde veranstaltet am 31. Mai eine Urabstimmung. Sind die Drängte zwischen Senat und Oberschulbehörde gerissen, oder ist diese Abstimmung nur ein Spaß? — Schließlich wäre es auch noch möglich, daß das Ergebnis nur als Unterlage für eine wissenschaftliche Arbeit über Stimmungsverhalten dienen soll. — Man staune bitte nicht!

Man denke bitte nicht. — Die Organisationen und Schulkammern haben sich für die Selbstverwaltung und die Elternbeiräte erklärt. Nun unterscheidet man: Schulkammern sind gezielte Vertretungen, die zu hören sind, aber... wenn's nicht paßt, nun, dann fragen wir andere. Und die Organisationen? — Ja, die beschließen allerlei! Unangenehm genug, wenn es einstimmig geschieht, aber... es gibt doch in allen Organisationen Leute, die gar kein Interesse an diesen Fragen haben, die jahrelang keine Versammlung besucht, keinen Vortrag gehört, keine Zeitschrift gelesen haben, warum sollen wie die nicht fragen? — Wenn man ein objektives Urteil hören will, muß man doch nicht Leute fragen, die über die Sache nachgedacht haben, sondern die andern. Und die sollen nun in Lübeck die Entscheidung herbeiführen! — Man denke bitte nicht!

Man wundere sich bitte nicht. — Wozu diese Abstimmung? — Weil man weder Elternbeiräte noch Selbstverwaltung will. — Vor Jahren hoffte man, daß der ganze Spul bald wieder schwinden würde. Man hob die Sache auf. Man wartete ab. Aber in den anderen Bundesstaaten ging es vorwärts! Da brachte man eine Verordnung, durch die so ziemlich alles beim „Alten“ bleiben sollte. Aber die Bürgerschaft lehnte dankend ab und ergriß die Initiative, setzte einen Ausschuß ein und entwarf ein Gesetz. Da war das Wandern auf der anderen Seite! — Aber die neue Bürgerschaft nahm nicht an. Freude darüber. Und nun list der Karren fest, denn der Zustand unseres Schulwesens bedarf der Klärung. Und nun nötigt der Senat den Ausschuß zur schnellen Arbeit! — Wenn dieser nun schneller fertig wird als die Abstimmung erfolgt, was dann? — Man wundere sich bitte nicht!

Es geschehen noch Wunder! — Man kann seine Meinung ändern. Erzeugt können wir feststellen, daß der Senat auf eine Beendigung des Kampfes um die Selbstverwaltung drängt. Ein kleiner Verein darf aber besonders stolz sein, er hat eine nament-

liche Vorabstimmung veranlaßt und eine Ablehnung der Elternbeiräte mit allen gegen drei (?) Stimmen erzielt. Vor Jahresfrist sprach sich derselbe Verein gegen Selbstverwaltung und Elternbeiräte aus, vor einem halben Jahre dafür, jetzt wieder dagegen — ein netter Springtanz! Aber da kann auch nicht jeder mit. Es lebe der Fortschritt und eine gesunde häufige Wandlung der Ansichten!

Der Lehrerverein, der Philologenverein u. a. dagegen haben sich erneut für die Selbstverwaltung und die Elternbeiräte ausgesprochen und alle ihre Mitglieder ersucht, die Fragen in diesem Sinne zu beantworten.

Man darf — einerlei, ob dies Ergebnis noch praktischen Wert haben wird — auf die Abstimmung gespannt sein, denn sie wird uns ein genaues Bild über die Einstellung der beruflichen Erzieher zu den Eltern geben.

Die „Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung“, die vom Deutschen Lehrerverein herausgegeben wird, bringt in der Nummer vom 9. Mai einen Aufsatz: „Lehrerschaft und Elternschaft“. Möchten doch die Hauptredaktionen in alle Kreise der Lübecker Lehrerschaft dringen: „Es ist eine ungesunde Erscheinung, daß Gesamtlehrerschaft und Gesamtelternschaft nicht zu gemeinsamer Arbeit verbunden sind, daß beide Teile gleichgültig oder gar feindselig einander gegenübersehen.“ — „Wir wollen uns aber die pädagogisch-sozialen Gemeinschaftsarbeit nicht stören lassen, wir wollen eine erziehungskundlich bewegte und getriebene Elternschaft, nicht aber eine von außen politisch oder weltanschaulich ausgerichtete Eltern-Elternschaft. Wir wollen das nicht um unsere Willen, sondern um des Kindes und der Schule willen.“ Und über die Wahl schreibt der Verfasser: „Es muß, selbstverständlich, dieser Elternbeirat aus freier Wahl der Elternschaft hervorgehen.“

Die Abneigung gewisser Kreise der Lehrerschaft gegen die Eltern rührt vom Herrschaftspunkt her. „Wir wollen in der Schule herrschen“, das ist, zu zugeben, der Standpunkt bestimmter Kreise. Sie wollen der demokratischen Zuträchtung keine Zugeständnisse machen. „Nur die Eltern nicht in der Schule, das gibt Arbeit, Schwierigkeiten!“ — Und aus denselben Gründen lehnt die Reform die Selbstverwaltung ab. Und egoistische Gründe veranlassen Mitglieder der Mittel- und Unterelemente gegen die Selbstverwaltung Sturm zu laufen. „Man kann nach der Einführung trotz seines Exams noch nicht mehr Lehrer, Verzeihung, „Rektor“ werden!“ — Das ist hart, vielleicht wird es nach dem 31. Mai einige Tränen kosten.

An die Schule, an die Kinder denken diese Freunde der Schule nicht. Es muß nochmals gesagt werden: Der größte Teil der Gegner denkt nur an das liebe Ich.

Man darf auf die Abstimmung wirklich gespannt sein. Möge die fortschrittliche Lehrerschaft, die nur das Wohl der Schule und der Kinder im Auge hat, am 31. Mai den entschiedenen Sieg erringen. Ernst Schermer.

Senkung der Großhandelsindexziffer um 1,3 Proz.

In der abgelaufenen Berichtswache (beginnend mit Sonnabend, 10. Mai, und endend mit Freitag, 16. Mai) hat der Großhandelsindex der Industrie- und Handelszeitung eine Senkung von 126,93 auf 125,19, also um 1,3%, erfahren.

Besonders die Preise der Gruppe Textilien erfuhr eine Steigerung (um 0,8%). Alle übrigen Gruppenindexziffern wiesen Senkungen auf, und zwar Häute, Felle, Leder um 5,8%, Fleisch, Fisch um 4,2%, Getreide, Mehl um 1,2% und Eisen um 0,5%.

An die Arbeiter, Angestellten und Beamten Lübecks!

Zur Unterstützung der im Abwehrkampf und in der Auslieferung befindlichen Bergarbeiterschaft haben die Spitzenorganisationen eine Geldsammlung beschlossen.

Wir ersuchen die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die Sammlung sofort und tatkräftig in den Betrieben zu eröffnen.

Sammelstellen werden umgehend an die Gewerkschaftsvorstände verlangt.

Wer schnell gibt, gibt doppelt! Der Kampf wird für uns alle geführt. Brecht die Machtgellüste des Graubärs!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsauschuß Lübeck.

Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortsauschuß Lübeck.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, Ortsauschuß Lübeck.

Achtung Gewerkschaftsvorstände! Der Bedarf an Sammelstellen für die Sammlung zur Unterstützung der Bergarbeiter ist sofort dem Sekretariat des DGB. mitzuteilen.

Die Vorstände der Spitzenorganisationen.

Allg. Deutscher Gewerkschaftsbund.

Allg. freier Angestelltenbund.

Allg. Deutscher Beamtenbund.

An die Betriebsräte, Betriebsobleute, Vauodelegierte!

An die freigewerkschaftlichen Vertrauensleute in den Kleinbetrieben!

Von der Internationalen Arbeiterhilfe (I. A. H.) werden Aufforderungen zu Sammlungen und Ansuchen versandt. Wir ersuchen dringend alle Funktionäre, jede Gemeinschaft mit der I. A. H. abzulehnen, da diese eine rein kommunistische Organisation ist, mit dem ausgesprochenen Zweck, über die schreibbare Hilfe in Notfällen Zerstörungstendenzen in die Arbeiterorganisationen zu tragen.

Wir verweisen alle Gewerkschaftsmitglieder auf den Artikel im Lübecker Volksboten am Montag, dem 12. ds. Mts.

Genossen! Gedentt der eigenen Hilfe, die ohne Radau und sonstigem Tamtam gegeben wurde und wird in der richtigen Erkenntnis gewerkschaftlicher Solidarität.

Allgem. Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsauschuß Lübeck.

Dreyer.

Achtung Gewerkschaftsvorstände! Gewerkschaftszeitung Nr. 20 ist sofort abzuholen.

Gewerbebegehrlichkeit. Der Besichtigungsaußschuß hat, nachdem die Verhältnisse stabil geworden sind, seine Tätigkeit wieder aufgenommen und ladet die Mitglieder und deren Damen zu einer Besichtigung zweier größerer Fabriken der Lebensmittelbranche am Dienstag, dem 27. Mai, nach Altona-Bahrenfeld ein. Anschließend hieran ist noch Gelegenheit gegeben, die Landwirtschafliche Ausstellung in Hamburg zu besichtigen. Alles weitere ist den Mitgliedern durch Karten mitzuteilen.

Der 2. Gantag des Gaus V des Deutschen Anglerbundes wurde, wie man uns berichtet, in Harburg abgehalten. Vertreten waren die Vereine aus Hamburg, Harburg, Lübeck, Vöhrburg und Pinneberg. Besonders begrüßt wurde die starke Beteiligung der als Gäste anwesenden Vertreter von Kommunal- und Fischereibehörden und von Berufsanglerorganisationen. Aus den Berichten der einzelnen Vereine ist vor allem hervorzuheben, daß fast überall ein freundliches Verhältnis zwischen den Behörden und Berufsfischern und dem deutschen Anglerbund angeknüpft worden ist. Hervorzuheben ist aus den Besprechungen, daß die organisierten Sportangler keine Schädigung des Berufsfischerstandes wollen, daß sie vielmehr überall, wo es angebracht ist, auch die Interessen der Berufsfischer mit zu wahren suchen und daß sie dort, wo sie Wächter eigener Gewässer sind, den Berufsfischer in der Regel mit der von Zeit zu Zeit notwendigen Aufsicht dieser Gewässer beiraten, wodurch diese wiederum Verdienst hätten, insbesondere aber, daß die Sportangler allein oder mit den Berufsfischern zusammen sich um die Hebung der Fischwirtschaft verdient machen. Die Schlussworte eines Berufsfischers seien hier hervorgehoben: „Wo ein Sportangler Fisch fängt, fängt auch der Berufsfischer welche“, mit anderen Worten, daß der Sportangler ebenfalls Interesse an einem guten Fischbestand eines Gewässers hat wie der Berufsfischer. Auch die Worte eines Staatsfischers von Harburg müssen hier wieder gegeben werden: „Der Anglersport ist der geordneteste Sport, die Bevölkerung aus dem Häusermeer, den Wirtschaften und Kinos hinaus in die Natur zu bringen zur körperlichen und geistigen Erholung.“ Zu bedauern war, daß nicht Vertreter von Lübecker Behörden und der Lübecker Fischer zugegen waren. In die Tagung schlossen sich folgende interessante Vorträge an: Fischereinspektor Stener, Hamburg: „Praktisch als Volkswirtschaft nach englischer Methode“. Burdowik, Hamburg: „Fischerei in Finnland“. Professor Dr. Stener-Lübeck: „Fischerei und Abwässerung“.

Aus dem Polizeibericht. Festgenommen wurde ein in der Gartenstraße wohnhafter Arbeiter auf Grund eines Haftbefehls des Amtsgerichtes in Schwerin, sowie ein am Grenzfall wohnhafter Arbeiter, gegen den ein Haftbefehl der Staatsanwaltschaft vorlag und ein 22-jähriger Arbeiter aus Königsberg, der seitens des Amtsgerichtes in Rostock freibrieflich verurteilt wurde. — Gestohlen wurden aus einem Geschäft in der Bahnhofsstraße 7 Fahrraddeden, 2 Ketten, 2 Kannen Del, 1 Damenjacket, zwei Laternen, 1 Kleiderack, 8 Satteldecken, 12 Gloden und 2 kleine Schlüssel. — Mitteltst Einbruches wurden einem Einwohner von Dänischburg 5 Stück Rauchfleisch, 4 Mettwürste, 5 Paar Schuhe, sowie verschiedene Wäschestücke gestohlen.

Internationale Ring- und Boxkämpfe im Hanja-Theater. Die Kämpfe am Montag standen im Zeichen von sportlichen Ereignissen. Genpl Mang-München, Meißneringer von Bayern und Steiermark und Bruno Wöner-Dresden, Meißneringer von Mitteldeutschland, konnten innerhalb 25 Minuten trotz allem Kraftanstrengung kein Resultat bringen. Das Ringen endete unentschieden. Ostar Sirt-Finnland, genannt der gewandteste Ringler der Welt und Georg Böhm-Breslau, Meißneringer von Schlesien lieferten ein flottes Ringen. Der Name konnte

Für unsere Frauen

Ein traurig Märchen von heute.

Wir lesen in der „Newyorker Staatszeitung“:
 Als es Abend wurde, lauerten sich die schwächlichen blassen Kinder im Kreise um die Mutter und baten: „Mutter, erzähle uns ein Märchen!“
 Und die Mutter erzählte: „Es war einmal ein Mann. Dem begegneten sieben andere. Die aber trugen eine viele Ellen lange Wurst.“
 „Wurst?“ sagten die Kinder. „Mutter, was ist das?“
 Die Mutter erklärte ihnen: „Wurst ist eine Rolle, aus Fleisch gepreßt.“
 „Fleisch?“ sagten die Kinder. „Mutter, was ist das?“
 Die Mutter seufzte. Dann fuhr sie fort: „Als der Mann weiter ging, kam er an einen Berg. Der war ganz von Zucker.“
 „Zucker?“ sagten die Kinder. „Mutter, was ist das?“
 Die Mutter suchte es ihnen deutlich zu machen. „Zucker ist etwas Süßes.“
 „Wir haben noch nie etwas sehr Süßes gehabt“, staunten die schwächlichen blassen Kleinen.
 Und die Mutter erzählte weiter: „Nings um den Berg floss ein mächtiger Strom. Der war ganz aus Milch.“
 „Milch?“ sagten die Kinder. „Mutter, was ist das?“
 „Das ist ein Trank“ — verkündete sie ihnen mit leiser Stimme — „von dem man gesund und stark heranwächst.“
 Die Kinder schwiegen. Und die Mutter erzählte weiter: „In dem Milchstrom aber schwammen lauter große, schöne, weiße Brote.“
 „Brot?“ riefen die Kinder und streckten die dünnen Arme nach empor. „Brot! Mutter, gib uns Brot!“
 Da legte die Mutter ihr Haupt in die Hände und weinte bittere Tränen.
 Und die Kinder alle weinten mit. Denn was Tränen sind — das wissen sie — unsere armen deutschen Kinder von heute.

Was wird aus der Wochenhilfe?

Die lange Frage, was aus der Reichswochenhilfe und Wochenfürsorge werden soll, beschäftigt heute mit Recht zahlreiche Frauen. Wenn auch die Gesetzgebung in Bezug auf die Mutterschaftsversicherung, so wie die sozialdemokratische Fraktion sie in der deutschen Nationalversammlung durchgesetzt hatte, gewiß nicht das Endziel der bevölkerungspolitischen Bestrebungen darstellte, so hat sie doch zahlreiche Frauen in den letzten Jahren eine große materielle Hilfe in ihrer schwersten Zeit gebracht. Die Wochen und Monate der wachsenden Geldentwertung stellten auch hier alles aufs Spiel. Nach langen Kämpfen gelang es endlich, einen Schlüssel für die Leistungen der Wochenhilfe und Wochenfürsorge durchzusetzen; aber es war zu spät.

Nun aber gilt die Verordnung aus jenen Tagen noch heute, und es ist deshalb wichtig, die Bestimmungen hier folgen zu lassen. Danach erhalten:

Als Wochenhilfe nach § 195a der RVO. weibliche Versicherte, die in den letzten zwei Jahren vor der Niederkunft mindestens 10 Monate hindurch, im letzten Jahre vor der Niederkunft aber mindestens 6 Monate hindurch auf Grund der RVO. bei einer Krankenkasse versichert gewesen sind.

1. ärztliche Behandlung, falls solche bei der Entbindung oder bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich wird;
2. einen einmaligen Beitrag zu den sonstigen Kosten der Entbindung und bei Schwangerschaftsbeschwerden in Höhe des Sechsfachen der Reichsrichtzahl (Reichsteuerungsindex); findet eine Entbindung nicht statt, so ist als Beitrag zu den Kosten bei Schwangerschaftsbeschwerden das Eineinhalbfache der Reichsrichtzahl zu zahlen;
3. ein Wohngeld in Höhe des Krankengeldes, jedoch mindestens ein Zehntel der Reichsrichtzahl täglich für vier Wochen vor und sechs zusammenhängenden Wochen unmittelbar nach der Niederkunft. Das Wohngeld für die ersten vier Wochen ist spätestens mit dem Tage der Entbindung fällig;
4. solange sie ihren Neugeborenen füttern, ein Stillgeld in Höhe des halben Krankengeldes, jedoch mindestens drei Zwanzigstel der Reichsrichtzahl täglich bis zum Ablauf der zwölften Woche nach der Niederkunft. Der Vorstand kann einen Höchstbetrag für das tägliche Stillgeld festsetzen.

Für den gesamten Versicherungsfall ist die am Ende der Woche der Niederkunft veröffentlichte Reichsrichtzahl maßgebend.

Ferner erhalten nach § 205a der RVO. auch die Ehefrauen sowie solche Stief- und Pflegekinder der Versicherten, welche mit diesen in häuslicher Gemeinschaft leben und ihnen ein Anspruch auf Wochenhilfe nach § 195a nicht zusteht, als Wochenhilfe die im § 195a bezeichneten Leistungen; dabei beträgt das Wohngeld ein Zehntel und das Stillgeld drei Zwanzigstel der Reichsrichtzahl täglich.

Infolge dieser seit der Festsetzung der Mark vollkommen veralteten Berechnungsmethode sind die zur Auszahlung gelangenden Beträge viel zu gering. Die Mindestleistung beträgt ungefähr:

an Entbindungskostenbeitrag	6,50 Mk.
an Wohngeld	7,50 Mk.
an Stillgeld	13,— Mk.
	27,— Mk.

Wozu im Bedarfsfall die unentgeltliche ärztliche Hilfe tritt. Während die Regierung Marx zahlreiche Bestimmungen erlassen hat, die nicht mit dem Deckmantel der Stillung der Mark zu entschuldigen sind, hat der bürokratische Verwaltungsmechanismus sich Zeit gelassen, um diese wichtigsten bevölkerungspolitischen Gesetzgebungen den Zeitverhältnissen anzupassen. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Februar den Antrag gestellt, die Leistungen der Wochenhilfe und der Wochenfürsorge den Sätzen der Kriegswochenhilfe anzupassen. Durch Annahme dieses Antrages wäre eine Verwirklichung der zur Auszahlung gelangenden Beträge erreicht worden. Die Auflösung des Reichstages hat auch das Schicksal dieses Antrages besiegelt.

Nach schlimmer steht es mit der Fürsorge für minderbemittelte Wöchnerinnen, die einen Anspruch an eine Krankenkasse haben. Es war ein besonderer Fortschritt, daß diese Armen den gleichen Anspruch wie die Angehörigen der Krankenkassenmitglieder hatten, und zwar an das Reich. Durch die Fürsorgepflichtverordnung hat die Regierung Marx das Gesetz über Wochenfürsorge aufgehoben und diese Fürsorge den Ländern zugeschoben. Was das bedeutet, weiß vielleicht nur der zu beurteilen, der in den letzten fünf Jahren im sozialpolitischen Ausmaß miterlebt hat, wie sich die Vertreter der Länder aus finanziellen Gründen gegen jede Fürsorgepflicht der Länder gewehrt haben, — ob mit Recht oder Unrecht, soll hier gar nicht geprüft werden. Das Schicksal der Wochenfürsorge ist deshalb ganz ungewiß. — Eine der ersten Aufgaben des neuen Reichstages müßte es sein, auch diese Fragen in einer Weise zu lösen, die im Interesse der Mütter und damit im Interesse des ganzen Volkes liegt. Ob das geschieht? Luise Schröder.

Die Steuer.

Eine arabische Schnurre. Erzählt von Max Hagenl.
 Am Hofe des Weisen Harun al Raschid, jenes Kalifen, der es liebte, sich in Vertiefung unter das Volk zu mischen, nächstliche

Spaziergänge zu machen und unerkannt, ein Geringer unter Geringen, zu leben, immer bereit, das Recht zu schützen und den Schwachen beizustehen — am Hofe jenes Kalifen lebte auch ein bevorzugter Liebling des Herrschers, der heitere Poet und Spaszmacher Abu Nuwas, der köstliche Mann unvergleichlicher Einfälle. —

Eines Tages näherte sich Abu Nuwas seinem Herrn mit einer besonderen Bitte: er wolle feststellen, erklärte er, wie viele Pantoffelhelden es in des Kalifen weitem Reiche gäbe. Und zu diesem Zwecke möge ihm Raschid ein Edikt ausstellen lassen, kraft dessen Abu Nuwas von jedem Ehemanne, den er darauf ertappe, unter dem Pantoffel seiner Frau zu stehen, einen lebendigen Affen als Steuer einfordern dürfe.

Der Kalif war zu jener Stunde sehr gut gelaunt und der Einfall seines Poeta laureatus schien ihm droßig genug. Er willigte lachend ein und blieb begierig, was Abu Nuwas erreichen werde.

Dieser, das Edikt in der Tasche, machte sich unverzüglich ans Werk. Mit schlauestem Geschick wußte er das Vertrauen aller Ehemänner zu gewinnen, und siehe da, vom obersten Minister angefangen bis zum letzten Handwerksmann herunter stand alles, alles, was verheiratet war, jämmerlich unter dem Pantoffel Abu Nuwas schmunzelte. Aber, wo er den Beweis erbracht hatte, dort wies er gebieterisch das allerhöchste Edikt des weisen Harun vor — empfang den unvermeidlichen Steueraffen und hatte in Kürze eine so beträchtliche Anzahl dieser komischen Tiere eingesammelt, daß er sie als eine gewaltige Herde dem Palaste des Kalifen zutreiben konnte.

Vor Harun gekommen und von diesem nach den verschiedenen Abenteuer gefragt, die ihm begegnet waren, erzählte Abu Nuwas nun die ergötzlichsten Geschichten, bei denen die Ehemänner freilich schlocht, die Ehefrauen aber noch schlechter davonkamen.

Indessen stand aber des Kalifen Gemahlin, die schöne Zubaidah, lauschend im Nebenzimmer, sehr darauf bedacht, kein Wortlein von des Poeten wunderbarem Bericht zu verlieren. Zubaidah war, als echte Frau, sehr neugierig und ebensoviel eitel

wie eifersüchtig. Diese Eigenschaften seiner Herrin kannte der schlaue Abu Nuwas nur zu gut — und er wußte sie nun seinem Zwecke dienstbar zu machen.

Er begann die Erzählung von einem Weibe, das er auf seinen Forschungen durch Haruns weite Reiche angetroffen habe, von einem Weibe, ach, das herrlich sei wie der Engel einer im Garten des Paradieses. . . . Nichts lasse sich dem Liebreiz dieses Weibes vergleichen! Seine Augen seien leuchtend wie die Edelsteine in der Krone Salomonis, seine Wangen schimmernd wie die Rosenblütel Aitkhs. . . . „Dieses Weib“, so sagte der Poet, „dieses Weib mußt du schauen, o Herr, denn seine Pracht überstrahlt jegliche Pracht der Erde.“

„Immer lauter hatte er seinen Hymnus gesprochen. „Ja“, schrie er nun ganz hingerissen, „weiser Kalif, die Sonne der Welt, mache dich auf, um diese Tochter Mohammeds zu schauen! Und Allah wird jeden deiner Schritte belohnen!“

Der Kalif, längst unruhig geworden, hat den stürmischen Poeten, seine Stimme zu mäßigen, „denn“, — so fügte er leise hinzu — „meine Gemahlin Zubaidah lauscht im Nebenzimmer! Und du kennst ja ihre Neugier und eifersüchtige Gemütsart!“

Aber der hochbegeisterte Poet schien im Gedanken an das Götterweib, das er geschaut, um den ganzen Nordland gekommen zu sein.

„Herr“, brüllte er wie besessen, „das Weib, von dem ich dir spreche, ist unvergleichbar! Me hat dein Blick auf soviel Vollendung, auf so viel Schönheit geruht! Du mußt hin zu ihr, großer Harun, du mußt.“

Der Kalif ließ ihn nicht endigen. Er legte dem Poeten flugs den Finger auf den Mund, und auf den Nebenraum weisend, wo er Zubaidah wußte, gab er Nuwas durch dringliche Zeichen zu verstehen, sogleich zu schweigen.

Damit war aber der Schelm an sein Ziel gelangt. Ehrerbietig zurücktretend, verneigte er sich tief und gebot dem vor seinem Herrn, und indem er das allerhöchste Edikt vorwies, das da für alle Ehemänner des Reiches Geltung besaß, sagte er mit heiterer Strenge: „Weiser Kalif, großer Harun al Raschid, deine armen Untertanen haben mir je einen Affen als Pantoffelsteuer geben müssen — deine gültige und reiche Majestät wird mir gewiß sechs Affen nicht verweigern.“

Selbst ist die Frau

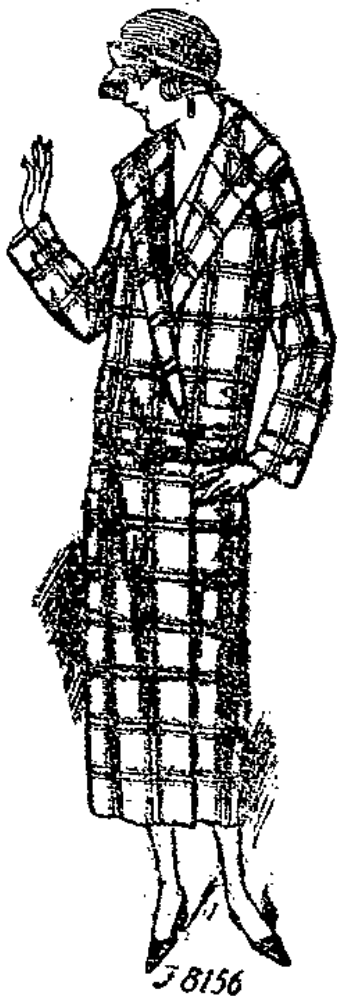
AUS DER MODENSCHAU DER „FRAUENWELT“



T 54



T 57



J 8156

T 54 Mantelkleid aus holzbraunem Woll- oder Waschrips. Das Kleid ist durchgehend geschnitten, seine Weite ist in der Taillenlinie durch aufspringende Säumchen eingehalten. Buntgestickte Borten bilden den aparten Besatz, sie umranden den Einsatz aus gefaltetem Crêpe Georgette in der vorderen Mitte. Schnittmuster, Gr. 44, zum Preise von 75 Pf. erhältlich.

T 57 Plansch- oder Spielanzug aus gestreiftem Stoff, Waschstoff, Alpaka oder Trikot. Seine Weite wird durch einen seitlich gebundenen Gürtel zusammengehalten, der wie Einsatz, Kragen und Blenden aus einfarbigem Stoff gefertigt ist. Kimonoschnitt. Schnittmuster für das Alter von 4—6 Jahren zum Preise von 50 Pf. erhältlich.

J 8156 Der praktische Mantel wird aus imprägniertem, kariertem Wollstoff oder Gabardin gearbeitet. Ein Leder-gürtel hält seine Weite zusammen und vermittelt den Schluß. Den Vorderseiten sind Taschen aufgesteppt, die mit überknöpfenden Patten geschlossen werden. Der Kragen ist umgeschlagen, seine Ecken werden mit Doppelknöpfen gehalten. Schnittmuster, Gr. 44, zum Preise von 75 Pf. erhältlich.

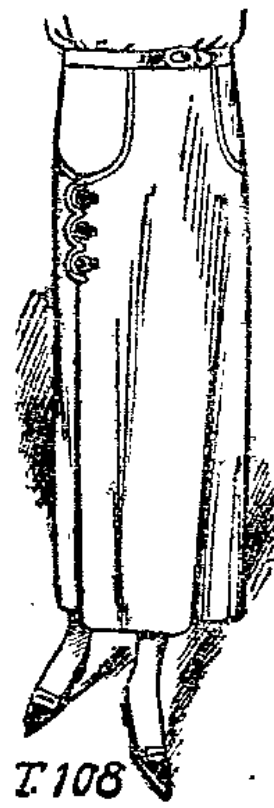
J 8134 Sommerkleidchen aus Kreppel oder einem anderen Waschstoff, etwa Leinen oder Waschrips. Dem durchgehend geschnittenen Kleid ist vorne ein Falteinsatz eingesetzt. Der Kragen und die Manschetten sind aus weißem Glasbatist. Ihre Ränder sind bogig ausgeschnitten. Schnittmuster für das Alter von 12—14 Jahren zum Preise von 50 Pf. erhältlich.

T 108 Blusenrock aus Rips oder einem anderen glatten Wollstoff. Vorder- und Hinterbahn sind oben ausgerundet und werden glatten Ergänzungsteilen aufgesteppt. Der rechte Rand der Vorderbahn tritt lose über; runde, oben angeschnittene Patten werden mit Knöpfen gehalten. Schnittmuster, Gr. 44, zum Preise von 50 Pf. erhältlich.

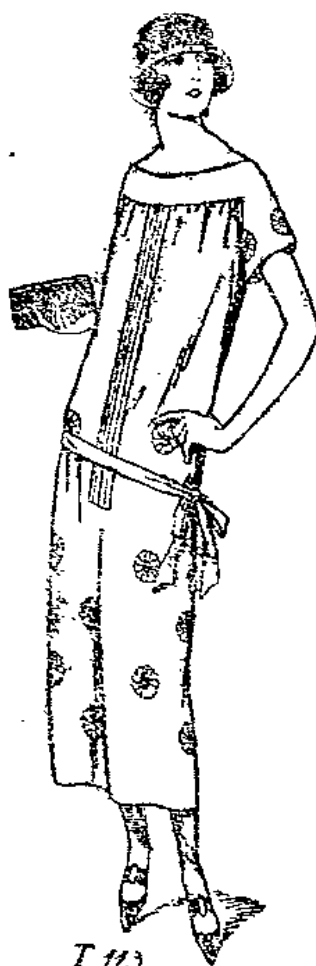
T 113 Sommerkleid in Hemdform aus Vossé, Krepp oder einem anderen Waschstoff. Das durchgehend geschnittene Kleid ist gerollt einer Kimonosorte angesetzt. In der tiefen Taillenlinie ist lose ein Gürtel umgeschlungen, der seitlich mit einer Schleife schließt. Rock und Kimonoärmel sind mit Motiven in einfacher Stickerei geschmückt. Schnittmuster, Gr. 44, zum Preise von 75 Pf. erhältlich.



J 8134



T 108



T 113

LYON-SCHNITTMUSTER ZU ALLEN KLEIDERN

DURCH DIE PARTEIBUCHHANDLUNG AM ORTE ODER DEN VERLAG DER „FRAUENWELT“ J. H. W. DIETZ NACHF., BERLIN SW 68, LINDENSTRASSE 3

